

# Zusammenfassung der Arbeitsgruppenergebnisse

## Vorwort

Die 3. Hertensteiner Gespräche fanden erneut Unterstützung seitens der EUROPA-UNION Deutschland und der Union Europäischer Föderalisten, die aber dieses Mal selbst keine Vertreter entsenden konnten. Dafür konnten aber der Landesverband der Jungen Europäischen Föderalisten und das Ministerium der Justiz und für Europa als Mitveranstalter gewonnen werden. Der Ablauf der Gespräche wurde dahingehend geändert, dass man den zweiten Teil der Gespräche am Sonntag wegließ. Die Themen blieben im Wesentlichen dieselben wie bei den 2. Hertensteiner Gesprächen, wobei aber das Ganze noch um einen Informationsteil vorab zur Geschichte der Europäischen Idee und der europäischen Einigung ergänzt wurde. Zusätzlich erklärten sich das ARKUS Heilbronn und die Aufbaugilde Heilbronn bereit, als Bereitsteller der Örtlichkeit bzw. Kooperationspartner und Impulsgeber mitzumachen.

Für die Vorbereitung der 3. Hertensteiner Gespräche konnten Josip Juratovic MdB (Heilbronn), Michael Georg Link MdB (Heilbronn), Leonhard Reinwald (Heilbronn), Prof. Dr. Walther Heipertz (Heidelberg) sowie Bettina und Heinrich Kümmerle (Heilbronn) gewonnen werden.

Als weitere Unterstützer der 3. Hertensteiner Gespräche kamen dann noch der JEF Landesvorsitzende, Alexander Holder (Ludwigsburg), als Grußwortsprecher und als Protokollführer des zweiten Gesprächskreises Konstantin Kümmerle (Heilbronn) mit hinzu.

Während des Verlaufs der diesjährigen Gespräche wurden für die kommenden Hertensteiner Gespräche zudem die folgenden Eckpunkte festgelegt:

- + die Gespräche werden bei Bedarf um weitere Themen ergänzt;
- + Michael Georg Link MdB wird sich noch stärker bei der Vorbereitung der Gespräche einbringen;
- + der Ablauf des verkürzten Europäischen Abends, bei dem im Anschluss durch die JEF eine externe Verlängerung angeboten wird, bleibt zukünftig so bestehen;
- + die Gespräche sollen wieder zweitägig, aber am selben Ort stattfinden;
- + die Möglichkeit von Impulsvorträgen soll geprüft werden;
- + Informationsteile, wie die durch ARKUS und Aufbaugilde, sollen beibehalten werden;
- + der Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf soll als zusätzlicher Impulsgeber eingeladen werden.

## Einleitung

Bei den 3. Hertensteiner Gesprächen wurden folgende vier Thematiken: „Das soziale Europa“ (Seite 2), „Notwendigkeit, Grundlagen, Arten und der ideale Föderalismus“ (Seite 4), „Der Mensch, seine Bedürfnisse und Ängste als Triebfeder und Grenze von Politik“ (Seite 15) und „Notwendigkeit von Parteien für den gesellschaftlichen Interessenausgleich“ (Seite 29) diskutiert. Auch dieses Mal wurde eine fünfte Thematik während der Gespräche angeregt und rudimentär im Nachgang zu den Gesprächen ausformuliert (Seite 32). In die Gespräche wurde vorab durch einen Vortrag zu „Geschichte & Idee des Europäischen Föderalismus“ eingeführt und die Teilnehmer, durch die sich an den Vortrag anschließende Diskussion, für die weiteren Gespräche „warmgemacht“.

## Geschichte & Idee des Europäischen Föderalismus

Referent war Heinrich Kümmerle, der sein Buchmanuskript „Europa ist für alle da!“ als Grundlage seines Vortrages nahm. In ca. einer Stunde entwickelte er die Idee des Europäischen Föderalismus. Dabei wurden die Themen Menschheit, Migration, Identität, Globalisierung und Kriege als grundlegend für die Entwicklung dieser Idee herausgearbeitet. Auch führte er die unterschiedlichen Föderalismusarten auf und betonte, dass sich die Föderalisten selbst bis heute auf keine Föderalismusart festlegen konnten und diese wohl, wie bei den unterschiedlichen Demokratiemodellen auch, in den jeweiligen ‚Bundesstaaten‘ oder ‚Regionen‘ ihre

Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

eigene Ausprägung haben werden, es sei denn, man einigt sich auf den „Kommunalismus“ (im zweiten Gesprächskreis dann als „kommunitaristisch“ bezeichnet) als das bestimmende föderale Modell des Bundesstaats Europa; und selbst dabei wären dann Unterschiede in den einzelnen Regionen Europas und der Welt feststellbar. Eine sehr lebhaft Diskussionsrunde rundete das Ganze ab.

## Intermezzo zum Mittagessen

Die Mittagspause wurde von der Arkus-Geschäftsführerin Birgitt Wölbing und einem Mitarbeiter der Aufbaugilde, Holger Fuhrmann, dazu genutzt, jeweils die eigene Organisation vorzustellen und dabei auch aufzuzeigen, wie „europäisch“ inzwischen selbst lokale Hilfsorganisationen geworden sind. Die beiden Vorträge wurden noch durch eine kleine Ausstellung ergänzt, die den gesamten Tag über den Teilnehmern zur Verfügung stand und weitere Gespräche initiierte.

## Das soziale Europa

Moderator war erneut Josip Juratovic MdB. Als Unterstützer während des Gesprächskreises konnte Manuel Glattbach (Tübingen) gewonnen werden.

### Block I: Wo stehen wir?

Europäische Union: Weißbuch zur Zukunft Europas: breit angelegter Diskussionsprozess durch Juncker Kommission – in der gesamten EU. Erneutes Bewusstsein für Notwendigkeit des sozialen Europas.

Zustimmung und Interesse an EU hoch: EU-Mitgliedschaft eine gute Sache – 62% der EU-Bürger (EB 90.1 2018); Wahlbeteiligung Europawahl 2019 – 61% (i. Vgl. 2014 48%).

Schwerpunkte der von der Leyen Kommission: Leitspruch – „Eine Union, die mehr erreichen will“; Anspruch: neue Führungsrolle Europas – Klimaschutz und Digitalisierung.

### Herausforderungen für die EU:

Klimawandel: Folgen zunehmend in Europa spürbar – Antwort: europäische Politik für nachhaltiges Wachstum/Klimaschutz.

Internationale Politik: neue (alte) geopolitische Auseinandersetzungen, v.a. USA - China – Antwort: selbstbewusste Rolle Europas.

Druck für Multilateralismus: Nationalismus und Autoritarismus in der Welt, in den Mitgliedstaaten EU; neue Polarisierung: Demokraten vs. Autokraten – Antwort: laute Demokraten/gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Zitat Robert Schuman vom 9. Mai 1950: „Europa wird nicht von heute auf morgen und nicht aus einem Guss entstehen. Vielmehr werden greifbare Erfolge eine zunächst faktische Solidarität erzeugen.“

Verpflichtung für uns – von faktischer, zu gelebter Solidarität!

### Block II: Wie kann ein soziales Europa aussehen?

Grundlogik eines sozialen Europas:

Entzug des Nährbodens für Rechtspopulisten und Nationalisten: Abbau der gewachsenen sozialen Ungleichheit und soziale Spaltungen in EU.

Notwendiger Denkschritt für Diskussion zu sozialem Europa:

28 verschiedene Sozialsysteme in der EU: unterschiedliche Reichweite, Qualität und Quantität.

EU-Verträge sehen vorwiegend Zuständigkeit bei Mitgliedstaaten – die EU wird nur ergänzend aktiv (insbesondere Art. 152/153 AEUV).

### Zwei Handlungsfelder:

a) Neue EU-Verträge mit klarer Zuständigkeit der EU in sozialen Fragen – Einschätzung: keine Aufgabe nationaler Souveränität;

b) Reformschritte/Impulse im Rahmen der aktuellen EU-Verträge – Einschätzung: notwendiger Schritt.

Fairness und soziale Gerechtigkeit in Europa als Ziel: EU-Behörden, Mitgliedstaaten, Sozialpartner, Zivilgesellschaft und Bürger im Austausch zur Erarbeitung.

Proklamation durch Kommission, Rat und Parlament: Sozialgipfel in Göteborg am 17. November 2017.

Inhalt: neue und wirksamere Rechte für Unionsbürger (drei Kernbereiche):

- a) Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang;
- b) Faire Arbeitsbedingungen;
- c) Sozialschutz und soziale Inklusion.

**Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang:**

- Allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen;
- Gleichstellung der Geschlechter;
- Chancengleichheit;
- Aktive Unterstützung für Beschäftigung! (S. 12).

**Faire Arbeitsbedingungen:**

- Sichere und anpassungsfähige Beschäftigung;
- Löhne und Gehälter! (S. 15);
- Informationen über Beschäftigungsbedingungen und Kündigungsschutz;
- Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten;
- Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben;
- Gesundes, sicheres und geeignetes Arbeitsumfeld und Datenschutz.

**Sozialschutz und soziale Inklusion:**

- Betreuung und Unterstützung von Kindern;
- Sozialschutz;
- Leistung bei Arbeitslosigkeit;
- Mindesteinkommen! (S. 20);
- Alterseinkünfte und Ruhegehälter;
- Gesundheitsversorgung;
- Inklusion von Menschen mit Behinderungen;
- Langzeitpflege;
- Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose;
- Zugang zu essenziellen Dienstleistungen.

Block III: Ausblick

Deutsche Ratspräsidentschaft: zweites Halbjahr 2020.

Zusammenhalt und Einheit der EU: großen Herausforderungen unserer Zeit anpacken.

Politische Gestaltungsmehrheit von demokratischen und pro-europäischen Kräften in der EU.

Notwendige Reformschritte allgemein: Stärkung Währungsunion, verbindliche Sozialagenda, effektive Mindestbesteuerung von Großunternehmen.

Europa durch Investitionen stärken: Verhandlungen zu EU-Haushalt laufen.

## Notwendigkeit, Grundlagen, Arten und der ideale Föderalismus

Moderator war erneut Michael Georg Link MdB. Protokoll führte Konstantin Kümmerle.

Den Teilnehmern wurden die Beschreibungen von vier bereits vorhandenen Föderalismus-Modellen an die Hand gegeben:

### 3.2 Föderative Politikverflechtung und parlamentarisches Regierungssystem - Bundesrepublik Deutschland (Quelle: Benz, Arthur 2003: Föderalismus und Demokratie: Eine Untersuchung zum Zusammenwirken zweier Verfassungsprinzipien. Hagen: polis Nr. 57)

*Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland kombiniert ein föderatives System mit einer parlamentarischen Demokratie. Bei der Neugründung des Bundesstaats im Jahre 1949 wurde das Bundesratsmodell von 1871 wieder aufgenommen, das dem Machtausgleich zwischen Bund und Ländern diente. Dieses Modell entsprach einem tradierten Konfliktregelungsmuster durch Regierungsbündnisse und Verhandlungen, das zum zentralen Bestandteil der politischen Kultur in Deutschland zuzurechnen ist (Lehmbruch 1997; 2002). Die Struktur des Bundesstaats zeichnet sich dementsprechend durch eine ausgeprägte institutionelle Politikverflechtung aus: Neben der Beteiligung der Länderregierungen an der Gesetzgebung des Bundes über den Bundesrat und den Gemeinschaftsaufgaben entstanden Gremien der Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen, die zwar keine förmliche Entscheidungskompetenz besitzen, faktisch aber für die Abstimmung von Politik relevant sind. Das Grundgesetz etablierte aber nicht nur dieses traditionelle Modell des Macht ausgleichenden „kooperativen“ Föderalismus, sondern führte zugleich die parlamentarische Demokratie ein. Zwar wurde das britische Modell der Wettbewerbsdemokratie durch Elemente des Verhältniswahlrechts modifiziert, dennoch bildete sich in der Bundesrepublik auf Bundes- und Länderebene ein Parteiensystem mit einer „dualistischen Wettbewerbslogik“ (Grande 2002: 187) aus.*

*Damit entstand ein Regierungssystem, das die Wettbewerbslogik der Parteiendemokratie im Bund und in den Ländern mit der Verhandlungslogik zwischen den Ebenen des Bundesstaats kombiniert. Es zeichnet sich gleichzeitig durch enge Kopplungen der parlamentarischen und föderativen Arenen aus: Die Regierungen des Bundes und der Gliedstaaten unterliegen der Kontrolle der im Parlament vertretenen Parteien. Sie sind angewiesen auf die Zustimmung durch die Mehrheitsfraktionen, gleichzeitig ist ihre Politik der öffentlichen Kritik durch die Opposition ausgesetzt. Für Verhandlungen im Bundesstaat hat dies zweierlei zur Folge: Erstens bewirkt die Bindung an die Parlamentsmehrheit, dass Verhandlungspositionen nur begrenzt flexibel sind. Zweitens veranlassen Einflüsse des Parteienwettbewerbs die Regierungen, bei der Definition von Verhandlungspositionen die Nutzen und Kosten für den eigenen Zuständigkeitsbereich vorrangig zu beachten und damit eine verteilungsorientierte „bargaining“-Strategie zu verfolgen. Eine Einigung ist also aus zwei Gründen schwierig: zum einen wegen der Unterschiede der im Parteienwettbewerb definierten, tendenziell als antagonistisch wahrgenommenen Interessen, zum anderen wegen der geringen Flexibilität der Verhandlungspositionen. Das föderative und das demokratische System sind aber auch dadurch eng miteinander gekoppelt, dass in vielen Politikfeldern ein institutionalisierter Zwang zur Einigung zwischen Bund und wenigstens einer Mehrheit der Länder besteht. Dies gilt für die zustimmungspflichtigen Gesetze (fast 60% aller Gesetze) und insbesondere für wichtige finanz- und sozialpolitische Entscheidungen.*

*Gerhard Lehmbruch hat diese Spannung zwischen Parteienwettbewerb und bundesstaatlichem Verhandlungssystem zuerst beschrieben und analysiert (Lehmbruch 2000; zuerst 1976). Er machte dabei deutlich, dass die besondere Problematik des deutschen Regierungssystems in der engen Kopplung der parlamentarischen Verfahren und der Bund-Länder-Verhandlungen liegt. Hieraus resultieren beträchtliche Entscheidungsprobleme: Die Suche nach Kompromissen ist in der Regel aufwändig und das politische System ist ständig in Gefahr, durch Blockaden handlungsunfähig zu werden. Darüber hinaus führt die Politikverflechtung zu einer die Gewaltenbegrenzung gefährdenden Machtverschiebung von den Parlamenten auf die Exekutive, da letztere die Verhandlungen führt. Gleichwohl müssen die in öffentlichen Debatten vielfach geäußerten Vorwürfe, der deutsche Bundesstaat erzeuge Politikblockaden und unterminiere die parlamentarische Demokratie, nach Lehmbruchs Analyse differenziert werden. Denn die*

*scheinbar widersprüchlichen Anforderungen der Wettbewerbs- und Verhandlungslogik, die in der Verfassungsordnung angelegt sind, lassen sich in der politischen Praxis durchaus vereinbaren.*

*Dass dies gelingt, dafür sorgt insbesondere ein die bundesstaatlichen Ebenen übergreifendes, integriertes und zentralisiertes Parteiensystem (Grande 2002), das als Scharnier (Leonardi 2002; Renzsch 2000) zwischen dem parlamentarischen Regierungssystem und dem Verhandlungssystem des Bundesstaates wirkt. Interessen zwischen Bund und Ländern werden normalerweise in Verhandlungen innerhalb der Parteien formuliert, in denen dann auch Divergenzen vorgeklärt werden (vgl. schon Hesse 1962). Dadurch werden Konflikte meistens vereinfacht und durch Kompromisse lösbar. Zum Teil bewirken parteipolitische und regionsbezogene Interessendefinitionen aber auch überlagernde Konfliktlinien („crosscutting cleavages“), die sachorientierte Koalitionen ermöglichen. Eine ähnliche Funktion dürfte den Verbänden zukommen, wenngleich wir über deren Bedeutung für die Politikkoordinierung im Bundesstaat wenig gesicherte Erkenntnisse besitzen. Die meisten der großen Verbände jedenfalls weisen wie die Parteien eine hohe Homogenität der Organisations- und Interessenstrukturen auf (vgl. dazu auch Armingeon 2002). Sie sind föderativ untergliedert, verfolgen aber eine national weithin einheitliche Politik. Bewertet man die Folgen dieses Zusammenwirkens föderativer Verhandlungslogik und parlamentarischer Mehrheitsdemokratie nach den genannten Kriterien demokratischer Legitimation, so fällt das Ergebnis nicht eindeutig aus.*

*- Die durch die enge Kopplung zwischen Bundesstaat und parlamentarischer Demokratie verursachten Einigungszwänge zwischen den großen Parteien, deren Beziehungen als dauerhafte große Koalition bezeichnet wurden (Schmidt 1996), sowie die vertikale Integration des Parteiensystems schwächen sowohl die Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern als auch den demokratischen Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition. Deutlichstes Indiz dafür ist die Tatsache, dass der deutsche Föderalismus trotz der großen Zahl an Vetospielern (Tsebelis 2002) einen starken Staat zulässt, und zwar sowohl gemessen am Staatsanteil am BSP als auch am Ausmaß staatlicher Regulierung. Der „semi-souveräne Staat“ (Katzenstein 1987) verfügt also trotz hoher Entscheidungskosten über ein erstaunlich entscheidungsfähiges Regierungssystem, das bei ständigen Blockaden nicht in der Lage gewesen wäre, ein hohes Niveau an Staatstätigkeit zu verwirklichen. Dies wurde erreicht in einem politischen System, das eine die Demokratie gefährdende Machtkonzentration durch Ebenendifferenzierung wirksam verhindert.*

*- Die Chancengleichheit in der Vermittlung von Interessen wird zwar durch die Kartellierung der großen Parteien und die Unitarisierung des Verbandswesens beeinträchtigt, gleichwohl bietet der Föderalismus im Vergleich zum parlamentarischen System in einem Einheitsstaat spezifischen regionalen Interessen Zugangsmöglichkeiten. Die Länder sind zudem Adressaten von neuen Interessen, die auf der Bundesebene nicht unmittelbar, sondern nur durch Vermittlung der Ländervertreter in föderativen Verhandlungssystemen die erforderliche Resonanz auslösen (vgl. Fürst/Hesse/Richter 1984).*

*- Die Charakterisierung des Regierungssystems als „Exekutivföderalismus“ (oder „Verwaltungsföderalismus“; Hesse/Ellwein 1992: 88) ist nicht gerechtfertigt. Die Parteien spielen als Institutionen der Interessenvermittlung eine zentrale Rolle, und zwar selbst in Politikfeldern, die institutionell verflochten sind. Exklusive „Fachbruderschaften“ der Verwaltung gibt es in Aufgabenfeldern, die auch in anderen Staaten zum Kompetenzbereich der Exekutive gehören. Aber über Parlamentsausschüsse können die gewählten Abgeordneten selbst die Prozesse in der institutionalisierten Politikverflechtung prinzipiell kontrollieren. Allerdings ist die Responsivität und Lernfähigkeit im politischen System Deutschlands strukturell beeinträchtigt. Der entscheidende Grund dafür liegt darin, dass angesichts der Einigungszwänge zwischen konkurrierenden Akteuren Kompromisse in informellem Gremien erarbeitet werden. Die Parteien können zwar in Verhandlungen zwischen Bund und Ländern Öffentlichkeit herstellen. Doch einerseits geschieht dies meist nur ex post, wenn Entscheidungen praktisch gefallen sind. Zum anderen neigen Parteien dazu, ihren Rollenkonflikt als Wettbewerbs- und Kooperationspartner dadurch zu lösen, dass sie sich selbst der Verantwortung gegenüber der Wählerschaft entziehen.*

*Parteien kooperieren, die Erfolge kooperativer Politik beanspruchen sie aber nur für sich, während Misserfolge den anderen Parteien zugeschrieben werden. Und wegen des ständigen Zwangs, der jeweils anderen Seite keine zu großen Erfolge zu ermöglichen, einigt man sich auch in der Kooperation nur auf den*

*kleinsten gemeinsamen Nenner, der wenig Innovation zulässt. Dies macht die deutsche Politik so stark pfadabhängig, intransparent und wenig lernfähig.*

*Angesichts dieser Defizite könnte man sich fragen, ob eine Entflechtung und Regionalisierung des deutschen Bundesstaats dessen demokratische Qualität erhöhen kann. Entsprechende Forderungen werden tatsächlich immer wieder erhoben (Bertelsmann-Stiftung 2000; Ottvad/Linnarz 1997; Schultze 1999), und seit der Deutschen Einheit sind Tendenzen einer stärkeren Differenzierung der politischen Strukturen in den Ländern zu beobachten. Für die Reformdiskussion in Deutschland bietet sich deshalb ein Blick auf das kanadische Regierungssystem an, das ein parlamentarisches Regierungssystem mit einem regional differenzierten („holding-together“-) Föderalismus kombiniert (vgl. auch Schultze 1999).*

### 3.3 Regional differenzierter Bundesstaats und parlamentarisches Regierungssystem - Kanada

(Quelle: Benz, Arthur 2003: Föderalismus und Demokratie: Eine Untersuchung zum Zusammenwirken zweier Verfassungsprinzipien. Hagen: polis Nr. 57)

*Kanada übernahm in der Kolonialzeit bekanntlich das britische parlamentarische Regierungssystem. Aus dem ursprünglich unitarisch verfassten Staat entwickelte sich wegen der regionalen Differenzierung der Gesellschaft der am stärksten dezentralisierte Bundesstaat der Welt. Die Spannungen zwischen Regionen gehen zum Teil auf die Kolonialzeit zurück, in der britisch und französisch geprägte Gebiete entstanden. Die Bestrebungen der französischsprachigen Provinz Quebec, mehr Eigenständigkeit zu erlangen, sind ein Dauerproblem des kanadischen Staates. Spannungen ergaben sich darüber hinaus aus wirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen Regionen sowie aus Autonomiebestrebungen der Ureinwohner. Um ein Auseinanderbrechen des Bundesstaats zu verhindern, musste die kanadische Bundesregierung den Provinzen nach und nach weitreichende Kompetenzen zugestehen. Im 20. Jahrhundert nahm aber auch, insbesondere infolge des Aufbaus des Wohlfahrtsstaates, die Notwendigkeit der Koordination zwischen den Ebenen wie zwischen den Provinzen zu (Watts 2002).*

*Die Politik im kanadischen Differenzierungsföderalismus wird durch ungelöste Verfassungsprobleme, durch das wiederholte Scheitern einer Verfassungsreform, durch ständige Sezessionsdrohungen Quebecs sowie durch Konflikte zwischen den Provinzen bzw. Teilregionen mit dem Bund erheblich beeinträchtigt. Deswegen gilt der kanadische Bundesstaat im Allgemeinen nicht als besonders erfolgreich. Tatsächlich sind die Bedingungen für politische Stabilität alles andere als günstig. Die Interessenkonflikte, die durch wirtschaftliche und kulturelle Unterschiede zwischen den Regionen verursacht sind, werden durch die Regionalisierung des Parteiensystems, das einen „Extremfall der regionalen nationalen Inkongruenz“ (Hough/Jeffery 2002: 229) darstellt, noch verschärft. Die intergouvernementale Koordination, die in Kanada wie in jedem hoch entwickelten Bundesstaat erforderlich ist, scheint durch Verhandlungsblockaden stark gefährdet zu sein, weil Regierungen im parlamentarischen System durch Bindungen an konkurrierende oder regionalistische Parteien zu kompetitivem Verhandlungsverhalten veranlasst werden.*

*Allerdings konnten Krisen des kanadischen politischen Systems bislang immer durch evolutionäre Anpassung (Watts 2002) der Verfassung und der föderativen Praxis überwunden werden. Der kanadische Föderalismus „has generally succeeded in striking a balance between unity and diversity. It is an arrangement that has proven to be both flexible and resilient“ (Bakvis/Skogstad 2002: 3). Möglich war dies in einem Bundesstaat, der – anders als in Deutschland – keine institutionalisierten intergouvernementalen Verhandlungssysteme kennt und daher keine Kooperationszwänge zwischen Bund und Gliedstaaten (Provinzen) bewirkt. Bundesstaatliche Verhandlungssysteme sind also nicht eng, sondern nur lose an den parlamentarischen Parteienwettbewerb gekoppelt. Im kanadischen Föderalismus sind die Ebenen des Staates in der Ausübung ihrer Kompetenzen autonom. An der Gesetzgebung des Bundes sind die Provinzen nicht beteiligt. Die Zweite Kammer des Bundesparlaments, der Senat, stellt keine echte Vertretung der Provinzen dar, sondern eine von der Bundesregierung ernannte Versammlung, die dem britischen Oberhaus gleicht. Zudem verfügen die Provinzen, verglichen mit anderen Bundesstaaten, über eine weit reichende Autonomie, und dies in vergleichsweise vielen Aufgabenfeldern (Watts 1999: 77). Zwar macht gerade der hohe Dezentalisierungsgrad des kanadischen Staates intergouvernementale Koordination notwendig, die in*

*Verhandlungen zwischen Bund und Provinzen erreicht werden muss. Angesichts der institutionellen Autonomie der Ebenen verlaufen diese „intergouvernementalen“ Prozesse jedoch informell und ohne Grundlage in der Verfassung. Die Freiwilligkeit der Verhandlungen führt zu Koordinationsdefiziten, wenn Kooperation nicht zustande kommt und der Bund und die Provinzen sich widersprechende Entscheidungen treffen. Aber Regierungen bleiben handlungsfähig, auch wenn parteipolitisch verstärkte Interessenkonflikte keine Einigung zulassen, und ohne institutionelle Zwänge können sie sich immer wieder auf Verhandlungslösungen verständigen. Die Koordination zwischen den Ebenen wird oft durch Tauschgeschäfte des Bundes mit einzelnen Provinzen erreicht, da letztere sich wegen sachlicher und parteipolitischer Interessendivergenzen schwerer einigen können als etwa die deutschen Länder. Nicht selten räumt man bei multilateralen Vereinbarungen einzelnen Provinzen die Möglichkeit ein, dennoch eine andere Politik zu verfolgen (opting-out; Painter 1991). Durch beide Modalitäten werden Politikblockaden vermieden.*

*Diese Praxis der bundesstaatlichen Zusammenarbeit geht allerdings auf Kosten der demokratischen Legitimation. Je größer der Bedarf nach Koordination zwischen Bund und Provinzen ist, desto mehr greifen informelle, d.h. intransparente und schwer kontrollierbare Gremien des Exekutivföderalismus um sich. Die Tatsache, dass Regierungen des Bundes und der Provinzen brisante Interessenkonflikte lösen können und kooperative Entscheidungen finden, leistet einer Dominanz der Exekutive über die sie eigentlich kontrollierenden Parlamenten Vorschub. Weil institutionelle Regeln fehlen, sind die Beziehungen zwischen Bund und Provinzen in Kanada reine Exekutivverhandlungen, die vom Parteienwettbewerb abgekoppelt sind. Sie ermöglichen zwar Entscheidungen, aber die Transparenz und die Öffentlichkeit sind stark eingeschränkt (Simeon/Cameron 2002).*

*Thesenartig kann die Verbindung von Differenzierungsföderalismus und parlamentarischer Demokratie in Kanada demnach wie folgt bewertet werden:*

*- Die eigenständigen Parteien in den Provinzen forcieren die Autonomie der Gliedstaaten. Die vertikale Gewaltenteilung ist in Kanada also stärker ausgeprägt als in Deutschland, die Bestrebungen der Provinzen nach Eigenständigkeit behindern die Machtentfaltung des Bundes.*

*- Die Vetomacht der Provinzen in Verfassungsänderungen und in intergouvernementaler Kooperation kann in lose gekoppelten Verhandlungssystemen umgangen werden. Opting-out-Klauseln oder bilaterale Vereinbarungen ermöglichen Entscheidungen. Beides kann, wenn auch in unterschiedlicher Weise, zur Privilegierung von Sonderinteressen einzelner Provinzen führen, wobei im ersten Fall mächtige Provinzen und im zweiten Fall die Bundesregierung über die Ungleichbehandlung entscheidet. Diese ist aber nicht strukturell angelegt und durch Regierungswechsel korrigierbar.*

*- Im regionalisierten Föderalismus können parlamentarische Regierungssysteme und föderative Verhandlungssysteme nur koexistieren, wenn sie weitgehend voneinander abgekoppelt sind. Eine Formalisierung der Verhandlungssysteme ist unter den Bedingungen des parlamentarischen Regierungssystems in Bund und Provinzen kaum denkbar, weil diese dann extrem blockadeanfällig würden. Die Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems ist nur um den Preis der Trennung von Demokratie und intergouvernementalen Beziehungen zu erreichen, die unter diesen Bedingungen im Widerspruch zueinander stehen (Simeon/Cameron 2002). Darunter leiden die politischen Kontrollen und das demokratische Lernen des politischen Systems, das gerade deswegen immer wieder in Krisen gerät.*

*Die Eigendynamik des regionalisierten Bundesstaats mit einem parlamentarischen Regierungssystem ist mit Blick auf die Demokratiequalität also nicht weniger problematisch als diejenige des kooperativen Bundesstaats mit seinem integrierten Parteiensystem.*

3.4 Lose gekoppelter kooperativer Föderalismus und verhandlungsdemokratisches Regierungssystem - USA  
(Quelle: Benz, Arthur 2003: Föderalismus und Demokratie: Eine Untersuchung zum Zusammenwirken zweier Verfassungsprinzipien. Hagen: polis Nr. 57)

*Wenn die Kombination beider Typen von Föderalismus und parlamentarischer Demokratie sich als problematisch erweist, so könnte man auf den Gedanken kommen, dass ein demokratischer Föderalismus besser in Verbindung mit einer Verhandlungsdemokratie zu erreichen sei. Die entsprechende*

*Strukturkonfiguration lässt sich in den USA und in der Schweiz beobachten. Die Einordnung der USA als Verhandlungsdemokratie ist umstritten. Genau betrachtet handelt es sich um eine Mischform aus Wettbewerbsdemokratie, die auf einem Mehrheitswahlrecht und einem dualen Parteiensystem beruht, und einer durch institutionelle Gewaltenteilung geförderten Verhandlungsdemokratie. Im amerikanischen Regierungssystem werden Entscheidungen wegen der ausgeprägten Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative und wegen des erheblichen Einflusses von Interessengruppen in der Regel ausgehandelt. Unter der hoch wahrscheinlichen Bedingung eines „divided government“ (Fiorina 1996), wenn sich also der Präsident nicht auf eine Mehrheit seiner Partei in den beiden gleichberechtigten Kammern des Bundesparlaments stützen kann, können Konsenszwänge zwischen Vertretern konkurrierender Parteiideologien entstehen, die Blockadegefahren erzeugen. Verstärkt werden diese Gefahren durch das duale Parteiensystem, in dem der Parteienwettbewerb nicht durch Koalitionsbildungen abgeschwächt wird. Allerdings ist die Parteidisziplin nicht besonders stark. Faktisch werden Gesetze und Programme zwischen der Regierung und einzelnen Parlamentsmitgliedern oder Vertretern von Parlamentsausschüssen ausgehandelt. Mehrheiten für die Umsetzung von Regierungsvorhaben müssen also gesucht werden, sie sind nicht durch Wahlen vorgegeben. Im Vollzug ist die Exekutive relativ unabhängig von Parlamentsmehrheiten, allerdings unterliegt sie einem starken Einfluss von Interessenvertretern. Dies schwächt das majoritäre Element des Regierungssystems deutlich ab. Jedenfalls gibt es keine enge Kopplung der Akteure an Mehrheitsfraktionen. Die Mehrebenenstrukturen des föderativen Systems der USA sind ebenfalls nur lose gekoppelt, institutionalisierte Formen der Politikverflechtung gibt es kaum. Ursprünglich war der amerikanische Bundesstaat stark dezentralisiert und auf Gewaltentrennung angelegt. Im Laufe seiner Geschichte expandierten die Verflechtungsstrukturen, und der Zentralisierungsgrad stieg erheblich (z.B. Walker 1995; Kincaid 2002). Erleichtert wurde dies, weil in der amerikanischen Gesellschaft, trotz der Größe des Landes, keine regionalistischen „cleavages“ entstanden. So gespalten und differenziert die Gesellschaft der USA sein mag, in regionaler Hinsicht erweist sie sich – zumindest seit dem Bürgerkrieg – als relativ homogen, kennt jedenfalls keine regional konzentrierten Bevölkerungsgruppen, die Minderheitenschutz durch bundesstaatliche Organisationsformen beanspruchen oder nach Autonomie streben. Die USA repräsentieren deswegen den Prototypen eines „holding-together“-Föderalismus (Stepan 1999). Das hat zur Folge, dass – ähnlich wie in Deutschland – die politischen Kräfte, die für Dezentralisierung eintreten, schwach sind, die Eliten von Bund und Einzelstaaten hingegen ihre Macht durch Kooperation steigern.*

*Anders als in Deutschland erfolgt diese Kooperation aber kaum in institutionellen Formen. Formal sind die Einzelstaaten durch ihre Senatoren im Bundesparlament vertreten, aber diese handeln nicht als Repräsentanten der Gliedstaaten, in denen sie gewählt werden. Dezentrale Interessen werden eher durch die Mitglieder des Repräsentantenhauses vermittelt, die sich in wesentlich kürzeren Zeitabständen als Senatoren der Wählerschaft in ihrem Staat stellen müssen. Sie verfügen in Einzelfragen auch über Verhandlungsmacht. In Gesetzgebungsprozessen können einzelne Abgeordnete den Präsidenten zu Tauschgeschäften zwingen, die ihrem Staat Vorteile bringen. Solche Ergebnisse hängen jedoch weniger von parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen als von den Zufälligkeiten der Akteurskonstellationen auf Bundesebene ab. Sie stellen jedenfalls kein Element von vertikaler Machtbegrenzung dar. Das dichte Geflecht intergouvernementaler Beziehungen, das die Bezeichnung kooperativer Föderalismus rechtfertigt, beruht überwiegend auf Formen der Interessenvermittlung der Einzelstaaten gegenüber dem Bund (intergovernmental lobbying) bzw. auf spezialisierten Kooperationsformen zwischen Verwaltungen bei der Entwicklung und Umsetzung von Programmen. Konsenszwänge gibt es kaum, überwiegend handelt es sich um die pragmatische Kooperation von Akteuren, die von einer Zusammenarbeit profitieren. Die Informalität der Kooperation sowie das Fehlen interregionaler Konfliktstrukturen erleichtern Entscheidungen. Wichtiger ist aber, dass die Regierungen und Verwaltungen des Bundes und der Einzelstaaten wegen der horizontalen Gewaltenteilung unabhängig vom Parteienwettbewerb miteinander verhandeln können. Zudem verfügt die Exekutive über eine eigene demokratische Legitimität durch Direktwahl, was wiederum den Einfluss des Parteienwettbewerbs in den Parlamenten reduziert.*

*Aus diesen Gründen lassen sich die politischen Prozesse im amerikanischen Bundesstaat als sehr lose miteinander verkoppelte Verhandlungssysteme interpretieren. Bedingt durch die Gewaltenteilung zwischen*



*Exekutive und Legislative bestehen nur schwache, informelle Verbindungen zwischen den verhandlungsdemokratischen Prozeduren der Gesetzgebung und den intergouvernementalen Beziehungen in der Exekutive. Gleichmaßen schwach sind die Verbindungen zwischen den Verhandlungssystemen der Regierungen und jenen der Spezialisten in Verwaltungen. Diese Fragmentierung des politischen Systems behindert die Durchsetzung genereller Dezentralisierungsforderungen gegen die Expansion der Bundespolitik, die trotz verschiedener Programme zur Erneuerung des Föderalismus („new federalism“) seit der Präsidentschaft Nixons nur inkrementelle Veränderungen bewirkten (Conlan 1998; Kincaid 2001). Da gleichzeitig der kooperative Föderalismus durch informelle Verhandlungsprozesse und Politiknetzwerke konstituiert wird, lässt er den Einzelstaaten genügend Raum für eigene Politikinnovationen, die durch Konkurrenz zwischen den Regierungen gefördert wird (Kern 2000). Zunehmende bundesstaatliche Regulierungen und ungleiche Ressourcenverteilungen zwischen Einzelstaaten engen allerdings diese Spielräume ein.*

*Die Wirkungen des lose gekoppelten Vereinigungsföderalismus der USA auf die Qualität der demokratischen Legitimation lassen sich wie folgt zusammenfassen:*

*- Anders als im kanadischen Exekutivföderalismus sind die Verflechtungsstrukturen im amerikanischen Bundesstaat nicht der politischen Kontrolle durch Parlamente entzogen. Dafür sorgen die verhandlungsdemokratischen Verfahren zwischen Exekutive und Parlament im Bund und in den Einzelstaaten. Die Parlamentarier haben ein ausgeprägtes Interesse an der Transparenz politischer Prozesse und der Kontrolle der Regierung und Verwaltung, weil sie von lokalen Wählerschaften und ihrer Klientel abhängig sind. Dies erklärt die vergleichsweise hohe Lernfähigkeit der amerikanischen Politik.*

*- Weniger positiv ist die Bewertung im Hinblick auf die Machtbegrenzung, obwohl dies ein fundamentales Ziel der Gründungsväter der amerikanischen Demokratie war. Der amerikanische Staat ist angesichts seiner institutionellen Strukturen weniger gefährdet, in die „Politikverflechtungsfälle“ (Scharpf 1985) zu geraten als der deutsche Bundesstaat. Die weitgehende Abwesenheit von Parteikonfrontationen in den Verhandlungssystemen sichert die Entscheidungsfähigkeit (Mayhew 1991). Die zahlreichen Vetospieler blockieren sich nicht wechselseitig, sondern finden in Verhandlungen und durch Tauschgeschäfte regelmäßig zu einer Einigung. Aber die Effektivität dieser Verhandlungen hat die institutionellen Gegengewichte gegen eine Machtkonzentration beim Bund praktisch lahmgelegt.*

*- Das gravierendste Demokratiedefizit des amerikanischen Bundesstaats liegt darin, dass sowohl die eigentümliche Form einer informellen Verhandlungsdemokratie wie der lose gekoppelte Föderalismus keine Chancengleichheit in der Vermittlung von Interessen gewährleistet. Innerhalb der Ebenen des Staates begünstigen die Repräsentation in den Parlamenten sowie die Strukturen der organisierten Interessenvermittlung eine gesellschaftliche Elite. In den Beziehungen zwischen den Ebenen werden nach der amerikanischen Variante des kooperativen Föderalismus alle Gebiete formal gleich behandelt, obwohl sie faktisch ungleich sind. Diese Ungleichheit resultiert aus institutionellen Strukturen (Wahlverfahren, Bundesstaatsstruktur), ihre Rechtfertigung und damit Verfestigung beruhen auf den beiden konkurrierenden Demokratiekonzeptionen, welche die Entwicklung des amerikanischen Staates prägten (Kincaid 2002): Die individualistische Konzeption postuliert individuelle Selbstbestimmung, sie impliziert damit aber zugleich die Privilegierung von wirtschaftlich Leistungsfähigen in der Gesellschaft wie in der Politik. Die kommunitaristische Konzeption setzt auf die Selbsthilfe dezentraler Gemeinschaften, deren Ungleichheit nicht als Problem artikuliert wird.*

*Das in zweifacher Weise lose gekoppelte amerikanische Regierungssystem ist also wenig blockadeanfällig und lässt grundsätzlich Lernprozesse zu. Aber da die vertikalen und horizontalen Verhandlungssysteme keine institutionelle Basis haben, sondern sich vielmehr aus sektorspezifischen Politiknetzen zusammensetzen, bieten sie keine hinreichende Gewähr für politische Gleichheit. Politiklernen ergibt sich daher aus Reaktionen gegenüber Sonderinteressen in einem elitären System bzw. aus der kaum steuerbaren Konkurrenz der lose verkoppelten Verhandlungssysteme in Politiknetzen, die untereinander schwer zu koordinieren sind. Die Funktionsweise eines solchen politischen Systems setzt voraus, dass keine fundamentalen Konflikte über Rechte oder Ressourcenverteilungen zwischen Regionen zu bewältigen sind. Denn diese könnten nicht ohne*

*weiteres in Verhandlungen über spezifische „issues“ kleingearbeitet werden, sondern würden den Bestand der Verhandlungsverfahren dauernd gefährden.*

3.5 Differenzierungsföderalismus und Verhandlungssysteme im Schatten direkter Demokratie - Schweiz  
(Quelle: Benz, Arthur 2003: Föderalismus und Demokratie: Eine Untersuchung zum Zusammenwirken zweier Verfassungsprinzipien. Hagen: polis Nr. 57)

*Mit dem schweizerischen Regierungssystem liegt der soeben angesprochene Fall eines regional differenzierten Bundesstaats vor, der mit einer Verhandlungsdemokratie verbunden ist. Diese Kombination ergibt sich aus den Eigentümlichkeiten der Verfassung, die eine „halbdirekte“ Demokratie etablierte (Linder 1999), sowie aus historisch gewachsenen Regeln politischer Konfliktbeilegung in einem kleinen Land. Ihre Grundlage findet die Verhandlungsdemokratie in einem gewaltenteiligen Regierungssystem, den Proporzregeln bei der Regierungsbildung, dem Zwei-Kammer-System der Legislative sowie den Anhörungsverfahren („Vernehmlassung“) vor Erlass von Gesetzen (Linder 1999). Die Institutionenordnung sowohl innerhalb des Bundes und der Kantone wie zwischen ihnen ist extrem fragmentiert (oder pluralistisch, so: Neidhart 2002). Die Regierung (Bundesrat) wird zwar formal durch das Parlament gewählt, aber sie ist von parteipolitischen Mehrheiten unabhängig, da sie nach einer festen Proporzregel (der sogenannten „Zauberformel“) zusammengesetzt ist und nicht abgewählt werden kann. Die Parteien und der Parteienwettbewerb sind schwach, das Parteiensystem regionalisiert und desintegriert, was zu einer starken Personalisierung der Politik führt. Die beiden Parlamentskammern, der Nationalrat und der Ständerat, sind gleichberechtigt an der Gesetzgebung beteiligt. Vor dem Erlass von Gesetzen werden alle relevanten Interessenorganisationen in einem förmlichen Verfahren angehört und gewinnen so faktisch erhebliche Macht im politischen Prozess. Politische Entscheidungen resultieren daher aus Verhandlungen, in denen die erforderlichen Mehrheiten in Parlamenten sowie Unterstützung durch gesellschaftliche Gruppen gesucht werden.*

*Der schweizerische Föderalismus wurde nach dem Vorbild des US-amerikanischen Bundesstaats gegründet, unterscheidet sich aber in wichtigen Aspekten von diesem. Einerseits dient der Föderalismus dem Zusammenhalt einer kulturell gespaltenen Gesellschaft, in der auch heute noch die Sprachgrenzen politisch bedeutsam sind (während der Einfluss der konfessionellen Unterschiede auf politische Einstellungen inzwischen gering ist). Die Autonomie der Kantone hat deshalb einen hohen Rang, der nicht nur durch die Verfassung, sondern auch durch gesellschaftliche Strukturen verankert ist. Kompetenzverlagerungen auf den Bund sind schwierig, weil sie eine Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung erfordern, in der die Stimmenmehrheit nicht nur im Bundesgebiet, sondern auch in mehr als der Hälfte der Kantone erreicht werden muss. Andererseits besteht in der kleinen Schweiz mehr als in den USA die Notwendigkeit zur Koordination dezentraler Politik. Das Dilemma von Differenzierung und Vereinigung wurde dadurch gelöst, dass die Kantone zwar in ihren weitreichenden Kompetenzbereichen formal autonom, gleichwohl die Ebenen des Bundesstaats durch Repräsentations- und Kooperationsregeln institutionell relativ stark verflochten sind. Die Interessen der Kantone werden vom direkt gewählten Ständerat in die Bundespolitik vermittelt. Seine Mitglieder üben kein imperatives Mandat aus, sie können sich aber anders als die amerikanischen Senatoren nicht von ihren regionalen Bindungen lösen. Um die kulturellen Besonderheiten der Kantone in der Bundespolitik zu repräsentieren, spielt bei der Vergabe von Ämtern die Kantonszugehörigkeit nicht nur der Abgeordneten beider Parlamentskammern, sondern auch der Regierungsmitglieder eine wichtige Rolle. Neben dieser Variante der Institutionalisierung von Ebenenverflechtung sind auch im Vernehmlassungsverfahren die Kantone beteiligt und werden dadurch zu Verhandlungspartnern im Gesetzgebungsprozess. Die institutionelle Politikverflechtung wird durch die Konferenz der Kantonspräsidenten (seit 1993), die (seit längerem bestehenden) Fachministerkonferenzen sowie durch vertragliche Vereinbarungen (Konkordate) intensiviert. Die Kopplung zwischen den Ebenen des Bundesstaats ist somit in der Schweiz stärker als in den USA, sie ist allerdings auch flexibler als im deutschen Bundesstaat. Man könnte nun vermuten, dass die lose Kopplung zwischen Parlament und Regierung in Verbindung mit einer relativ engen Kopplung der Bundes- und Kantonspolitik noch mehr die Exekutive stärkt, als dies in*

### Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

*Kanada oder in Deutschland der Fall ist, wo diese zumindest der Parlamentsmehrheit verantwortlich ist. In jedem Fall könnte man noch mächtigere Elitenkartelle vermuten als in den USA. Tatsächlich ist dies in der Schweiz nicht der Fall. Dagegen wirkt zum einen der Zwang zur Berücksichtigung von Interessen in der pluralistischen, regional differenzierten Gesellschaft. Eine informelle Praxis der Konsultation und Kooperation kompensiert Ungleichgewichte in der Repräsentation von Kantonen (Neidhart 2002: 323), die zurecht kritisiert werden (Linder 1999: 179-183). Zum anderen erzeugen Verfahren der direkten Demokratie, welche die repräsentative Demokratie ergänzen, ein Gegengewicht gegen die etablierten Institutionen. Mittels Referenden können Minderheiten mit einem Veto gegen Gesetze oder Verwaltungsentscheidungen drohen. Diese Drohung motiviert die Akteure in Regierung und Parlament zu Verhandlungen, die allerdings nicht in geschlossenen Elitennetzwerken stattfinden können, sondern möglichst alle „referendumsfähigen“ Gruppen in Staat und Gesellschaft einschließen müssen. Es ist also die majoritäre Direktdemokratie, welche die eigentümliche schweizerische Verhandlungsdemokratie erzeugt (Neidhart 1970). Eigentümlich ist diese deswegen, weil sie einerseits erhebliche Einigungszwänge in einer pluralistischen Gesellschaft und in einem regional differenzierten Bundesstaat bewirkt, andererseits aber Verhandlungen in kleinen Gruppen und fachspezifischen Politiknetzwerken verhindert. In Verbindung mit der Differenzierung des politischen Systems wurde „die ‚Referendumsdemokratie‘ zum Garanten einer komplexen, von Checks und Balances geprägten Machtverteilung ..., welche die Oligarchisierung der Entscheidungsprozesse erschwerte und dadurch jede Modernisierungspolitik an ihre Sozialverträglichkeit band“ (Schaffner, 1998: 225).*

*Angesichts der gesellschaftlichen Konfliktlinien, welche die schweizerische Demokratie belasten, erweist sich die Kombination aus Verhandlungsdemokratie, kooperativem Föderalismus und direkter Demokratie, die in loser Kopplung verbunden sind (Armingeon 2000: 113), als Erfolgsmodell. Damit soll kein Idealbild einer Demokratie gezeichnet werden, jedoch ist festzustellen, dass die Konfiguration des schweizerischen Bundesstaats am weitestgehenden die Kriterien demokratischer Legitimation erfüllt.*

*- In Verbindung mit starken politischen Rechten des Volkes bewirkt der Föderalismus in der Schweiz eine wirksame Machtbegrenzung. Entscheidend ist dabei, dass alle Kompetenzzentralisierungen durch einen die Verfassung ändernden Volksentscheid bewilligt werden müssen.*

*- Die Referendumsdemokratie privilegiert mehr als eine repräsentative Demokratie Minderheiten. In Verfahren der Verfassungsänderung sind die kleinen, konservativen Kantone im Vorteil, in sonstigen Referenden kleine, gut organisierte und finanzkräftige Gruppen. Aber diese Privilegierung begünstigt nur Vetopositionen, sie ermöglicht keine Durchsetzung von Sonderinteressen. Darüber hinaus ist zu bemerken, dass der schweizerische Föderalismus keine Region oder Kulturgemeinschaft als solche bevorzugt, sondern von ihrer grundsätzlichen Gleichberechtigung ausgeht. Und die politischen Rechte der Individuen werden in keiner Weise durch ihre Zugehörigkeit zu einer Gruppe definiert.*

*- Das schweizerische Regierungssystem kann im Hinblick auf die Interessenvermittlung als weithin offen und relativ fair betrachtet werden. Vielfach werden die hohen Entscheidungskosten und der geringe Innovationsgrad der Entscheidungen kritisiert. Empirische Untersuchungen können letzteres aber nicht bestätigen. Die Möglichkeit eines Referendums zwingt die politischen Akteure, ihre Politik den Interessen der Bürgerschaft anzupassen, und veranlasst eine relativ intensive öffentliche Kommunikation über politische Angelegenheiten.*

#### Die Gespräche verliefen wie folgt:

1. Was ist Föderalismus?
2. Formen von Föderalismus in der EU: Junckers Szenarien;
3. Der deutsche Föderalismus;
4. Der Schweizer Föderalismus;
5. Der US-amerikanische Föderalismus;
6. Der kanadische Föderalismus;
7. Aufgabenstellung;
8. Fazit.

Sonstiges:

- Die Europäische Union (EU) gleicht keinem bisher bestehendem Modell → weder eine Konföderation noch eine Föderation;
- Die EU basiert auf einer Mischung aus Verträgen, die teilweise nationalstaatliche Souveränitätsrechte einfordern (Bspw. Handelspolitik) und teilweise auch nicht → Staatenverbund als bester Begriff;
- Die EU hat sich hauptsächlich aus der Überwindung von Krisen entwickelt;
- Stillstand der EU bedeutet ein Zerfall der EU → Weiterentwicklung in Bereichen wie Migration und Verteidigung notwendig;
- Staatsalter bemisst sich am Alter der Institutionen → EU sehr jung, die USA sehr alt.

Zu 1.:

- Föderalismus = dauerhafte Verbindung von eigenständigen Institutionen (Einzelstaaten);
- Politischer Föderalismus = politische Ordnung, bei welcher staatliche Aufgaben zwischen einem Gesamtstaat und Einzelstaaten aufgeteilt sind;
- Die tatsächliche Ausgestaltung des politischen Föderalismus ist jedoch je nach Staat unterschiedlich;
- Föderalismus entspricht nicht einer Dezentralisierung, da dies nur eine Ausgliederung des Zentralstaates darstellt und keine Kompetenzabgabe.

Zu 2.:

- Bei den 2. Hertensteiner Gesprächen haben sich die Anwesenden für eine weitere Vertiefung der EU ausgesprochen und dabei das Szenario 3 bzw. das Szenario 5 favorisiert.

Zu 3.:

- Deutsche Bundesländer besitzen immer noch Staatsqualität, da sich die Bundesrepublik Deutschland aus den einzelnen Einzelstaaten gegründet hat → diese Staatsqualität gilt jedoch nur national und nicht international;
- Das deutsche Grundgesetz besitzt bezüglich einer Vertiefung Richtung „Bundesstaat EU“ eine grundsätzliche Offenheit;
- Problem am deutschen Föderalismus: zu viel konkurrierende Gesetzgebung zwischen dem Bund und den Ländern → hohe Blockademöglichkeit durch doppelte Mehrheiten (Zustimmung in Bundestag und Bundesrat notwendig).

Zu 4.:

- Bundesländer der Schweiz (Kantone) sind sehr alt, haben sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts nach dem Krieg des Sonderbundes formiert (Ausnahme: Kanton Jura, dieser hat sich in den 1970er vom Kanton Bern abgespalten);
- Schweizer Kantone sind sehr autonom → bspw. unterschiedliche Besteuerung → Gefahr der finanziellen Ungleichheit → In DE durch den horizontalen Länderfinanzausgleich gelöst;
- Das Ziel einer funktionierenden Föderation muss sein, dass die großen Bundesstaaten die kleinen nicht dominieren können;
- Besonderheit: hohe kulturelle Vielfalt (Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch) in der Schweiz, dennoch ein funktionierender Staat → „Willensnation“ (Bürger entscheiden trotz Heterogenität eine Nation zu bilden) → Musterbeispiel für künftigen EU-Bundesstaat.

Zu 5.:

- „checks & balances“: starke Kontrolle und Ausgleichsmöglichkeiten zwischen den Institutionen und Bundesstaaten der USA;
- Die Institutionen der USA sind relativ alt (1776 gegründet), mit dem Ziel eine zentrale, autokratische Herrschaft zu verhindern;

Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

- Die USA besitzen zwei Kammern (Senat & Repräsentantenhaus), welche eigenständig agieren und von den Kompetenzen her als gleichwertig bezeichnet werden können → eine Zusammenarbeit nur durch Kompromisse möglich;
- Neben den Kammern gibt es noch den Präsidenten (Exekutive) und den Supreme Court (Judikative), welche auch unabhängig voneinander bestehen und handeln können;
- Insgesamt besteht eine starke Autonomie der Bundesstaaten, aber nicht so ausgeprägt wie in der Schweiz;
- Besonderheit: zum einen absolutes Stimmgleichgewicht im Senat → jeder Bundesstaat, unabhängig der Größe, hat die gleiche Anzahl an Senatoren und zum anderen ein „Ungleichgewicht“ im Repräsentantenhaus, bedingt durch „1 man, 1 vote“ (→ exakte Wiedergabe des Verhältnisses);
- Lösungsweg für die EU: eine gewichtete und eine nicht gewichtete Kammer (wie bspw. in Deutschland: Bundestag nicht gewichtet, Bundesrat gewichtet).

Zu 6.:

- Viele verschiedene (kulturell) Bundesstaaten, die bis heute nicht eng zusammengewachsen sind (Bsp.: Quebec) → sehr ausgeprägte Autonomie und schwache Einbindung in nationale Gesetzgebung;
- Hohe Akzeptanz und Toleranz innerhalb der Gesellschaft → ermöglicht das Zusammenleben verschiedenster Kulturen (Bspw. in Toronto);
- Zusammenhalt durch nationale Zweisprachigkeit (englisch/französisch) gefördert;
- Lösungsansatz für regionale Unterschiede in der EU: hohe Toleranz für andere Kulturen und mehrere Amts- und Arbeitssprachen.

Zu 7.:

Pro- und Kontraaspekte der jeweiligen föderalen Ausgestaltung der Länder

**Kanada**

<b>Pro</b>	<b>Kontra</b>
- Weitreichende Kompetenzen & Autonomie der Bundesstaaten	- Bundesstaaten an Bundesgesetzgebung nicht direkt beteiligt
	- Keine echte Vertretung der Bundesstaaten in einer legislativen Kammer
	- Informelle und intransparente Verhandlungen zwischen der Länder- und Bundesebene
	- Exekutivverhandlungen ohne Parteienwettbewerb

**USA**

<b>Pro</b>	<b>Kontra</b>
- Ausgeprägte Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative	- Keine Koalitionsmöglichkeit in Legislative durch Zweiparteiensystem → Mehrheiten müssen neu gesucht werden
- Homogene Bundesstaaten (kulturell), keiner davon strebt nach Autonomie [abgesehen heutzutage vielleicht von Kalifornien und Texas!]	- Schwache Vertretung der Bundesstaaten im Kongress (Senatoren entscheiden nicht immer im Interesse des jeweiligen Bundesstaates)
	- Schwache, informelle Gesetzgebung

**Schweiz**

(nicht Teil meiner Arbeitsgruppe im Seminar gewesen)

<b>Pro</b>	<b>Kontra</b>
- Institutionalisiertes und transparentes Lobbying	- Starkes Veto-Recht durch direktdemokratische Mittel, die die politischen Verfahren stark verlängern → Handlungsfähigkeit?
- Einzelinteressen der Kantone werden gewahrt und durch die Mehrsprachigkeit der Amtssprache wird man der Heterogenität gerecht	

**Deutschland**

(nicht Teil meiner Arbeitsgruppe im Seminar gewesen)

<b>Pro</b>	<b>Kontra</b>
- Bundestag und Bundesrat als Institutionen sehr ausgeglichen → ermöglicht Teilhabe und Kontrolle durch Bundesländer	- Starkes Veto-Recht der Bundesländer im Bundesrat möglich → Handlungsfähigkeit?

Zu 8.:

Die Weiterentwicklung der EU soll aufgrund der verschiedenen Föderalismusmodelle (s.o.) folgende Aspekte aufweisen:

- Ein „echtes“ Zweikammersystem (vgl. DE) → Umwandlung des bestehenden Ministerrats (Rat der Europäischen Union) hinzu einer legislativen Kammer der Mitgliedstaaten?
- Eine ungewichtete und gewichtete Vertretung der einzelnen Mitglieder (Stimmen) in beiden Kammern notwendig, nach dem US-amerikanischen Modell, aber auch so wie in DE → gewichtete Vertretung ermöglicht einen gewissen „Minderheitenschutz“ kleinerer Staaten im Vergleich mit großen;
- Festlegung auf feste Amts- und Arbeitssprachen nach kanadischem Vorbild → bspw. Französisch, Englisch und Deutsch?
- Direktdemokratische Aspekte wie in der Schweiz so nicht umsetzbar, jedoch in Teilen erstrebenswert;
- Transparentes Lobbying nach dem Vorbild der Schweiz.

## Der Mensch, seine Bedürfnisse und Ängste als Triebfeder und Grenze von Politik

Moderation und Protokoll führte Prof. Dr. Walther Heipertz.

Vorbemerkung:

Zur Einleitung stellte der Moderator überblicksweise das Buch „Das terrestrische Manifest“ des französischen Soziologen **Bruno Latour** (L) vor. Darin werden zentral zwei Phasen der politisch-mental Entwicklung seit der Industrialisierung beschrieben: eine – auf den ersten Blick vielleicht überraschend - konstante „Fortschrittslogik“ über Jahrhunderte und eine zunehmende „Krisenlogik“ seit ca. 50 Jahren.

Jenseits klassischer linker oder rechter Positionen weist er in dieser Weltsituation dem Projekt „Europa“ eine exklusive Bedeutung bei der Zukunftssicherung menschlicher Zivilisation auf der Erde zu: nur das „um Regelungen und Arrangements ringende Brüsseler Europa“ sei mit seiner „unglaublichen Bastelarbeit“ in der Lage, die vielfachen Überlappungen und Überlagerungen der verschiedenen nationalen Interessen zu materialisieren und zu zivilisieren. Andere Kontinente drohten immer wieder an diesen Gegensätzen mit Konflikten, Krieg und Flucht zu zerreißen (wie Europa 80 Jahre früher).

Der Moderator schlug vor, zunächst diese – für Europa sehr schwerwiegenden, vielleicht auch etwas dubiosen, aus seiner Sicht aber in jedem Fall zum Thema sehr anregenden - Thesen durch eine zumindest kursorische Diskussion der Kernaussagen zu prüfen, um anschließend gegebenenfalls zu klären, inwiefern die EUROPA-UNION mit ihren Aktivitäten schon so „aufgestellt“ ist, dass dieses Ziel, wenn es denn von uns in dieser Form geteilt wird, am besten verfolgt werden kann.

Es sollte schließlich auch geprüft werden, inwiefern sich hierbei Anschlüsse, Ergänzungen oder Kontraste zu den Ergebnissen und Gesprächslinien dieses Gesprächskreises im letzten Jahr ergeben bzw. im Interesse der Kontinuität unserer Arbeit ausdrücklich eine Ergebniszusammenführung versucht werden.

Hierzu wurden initial nochmal die wesentlichen Projektionen des letztjährigen Gesprächs, wie sie sich im zusammenfassenden Schlussteil des Berichts aus dem Jahr 2018 finden, hervorgehoben:

- U.a. der Wunsch nach mehr „Kreativität, Witz und Handlungsfähigkeit“.
- Die Arbeit gegen antieuropäische Propaganda, speziell auch saturierter Kreise und politischer „Populismus-Anbieter“ , wie sie oft lustvoll destruktiv, gerade auch bei Akademikern in den neuen Bundesländern, zu finden sind.
- Die Propagierung und Formulierung einer - weniger „Europa-bashing“ betreibenden - nationalen Politik.
- Die Entwicklung eines - ständig zu verfeinernden - Sensoriums hinsichtlich der eher linksliberalen Empörungskultur in vielen Medien, mit der oft schon beim bloßen Bericht über Belange konservativer, vermeintlich „rückwärts“ gerichteter (zum Beispiel keineswegs multikulturell ausgerichteter) Kreise, das Urteil von Rückständigkeit oder gar antidemokratischer Haltung insinuiert wird (was umgekehrt das Verdikt „Lügenpresse“ nur befeuern kann).

Es bestand allseitiges Einverständnis mit dem nachfolgenden Vorschlag zum Vorgehen:

- Systematik des Buches zur Kenntnis nehmen.
- Dabei und danach die Thesen diskutieren.
- Danach Schlussfolgerungen für unsere Arbeit .
- Schließlich Abgleich mit dem /Anschluss an das letztjährige(n) Gespräch(es) dieses Gesprächskreises.

### Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

Die Sicht von Bruno Latour auf die Entwicklung und Krisen der Welt und das vorherrschende Allgemeinverständnis der weltweiten, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen „Modernisierung“, von den Anfängen der Industrialisierung bis zur Globalisierung, einschließlich der von ihm vorgeschlagenen Konsequenzen und der Rolle Europas in einer Grenzsituation der Welt:

Für die gesamte Zeit der Industrialisierung bis ca. Mitte der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts - mit Ausnahme deutlich früherer wissenschaftlicher Erkenntnisse schon in den 60-er-Jahren, die damals aber noch nicht breit rezipiert worden waren - skizziert Latour ein gleichsam eindimensionales Fortschrittsbild und Fortschrittsziel, das angesichts eines zunehmenden institutionellen, wirtschaftlichen und auch kulturellen Austauschs zwischen Ländern und Völkern - zuvörderst aber nur der Eliten - schließlich als „Globalisierung“ verstanden wurde, mit der idealtypische Idee des „eigentlichen“ Zusammenwirkens aller Weltkräfte für den „Fortschritt der Menschheit“, Wohlstand, Zufriedenheit, letztlich auch Frieden durch Beseitigung von Hunger und Not, in letztendlich allen Regionen der Welt.

In diesem „eindimensionalen“ Verständnis einer tendenziellen, weltgeschichtlichen Befreiung von Angebundenheit und Beschränkung auf den eigenen bzw. individuellen oder nur regionalen Raum und die eigenen bzw. individuellen oder nur regional gebündelten Kräfte, hin zu einer Potenzierung der menschlichen Fähigkeiten in einem voranschreitend und befreiend gedachten Prozess weltweiter Kooperation, waren aber – nicht nur bei den Theoretikern dieses Modells - die tatsächlichen massiven Friktionen, Revolutionen, Unterdrückungskriege, Eroberungen, Vereinnahmungen, also all die „Rückschritte“, ein inhärenter, quasi menschlich-allzu menschlicher Bestandteil dieses letztlich aber doch „unbeirraren“ Fortschritts, der diese Friktionen eben dauerhaft „überflüssig“ machen würde.

Damit möglichst viele oder alle teilhaben konnten<sup>1</sup>, entwickelten sich zeitgleich starke - zum System gehörige, also etablierte - linke und rechte Kräfte, die eben von Anfang an auf diesen Seiten der Parlamentssäle saßen, wobei die Linken – in grober Vereinfachung – in einer besseren Beschneidung der Besitzenden die Sicherstellung der Teilhabe am Wachstums für die nichts oder nur wenig Besitzenden sahen, während die Rechten eher im Erhalt einer deutlichen Hierarchie und eines starken Machtgefälles – auch dies wieder extrem vereinfachend - die bessere Garantie dafür sahen, dass infolge effizienter und unbehinderter unternehmerischer Entscheidungen der Wohlstand vermehrt und dann auch mehr verteilt werden kann und Ruhe herrscht.

Insofern konnte es zwar mehr oder weniger heftige, je nach Lage und Intensität der Benachteiligung auch blutige Auseinandersetzungen geben, über die - oben skizzierte - grundsätzliche Fortschrittsidee bestand aber letztlich ein eigentümlicher Konsens, mit anderen Worten: man verstand sich!

Obwohl es darüber hinaus im Zuge dieses Fortschritts - schon in früheren Jahrhunderten und bis heute - immer wieder auch gigantische Zerstörungen der sächlichen und natürlichen Ressourcen gab, also der den Menschen verfügbaren Grundlagen ihres Arbeitens und Wirtschaftens – örtlich aber immer noch eingegrenzt, z.B. durch Rodungen oder destruktive Ausplünderungen, Gewässervergiftung oder Luftverpestung - , waren auch diese „Auswüchse“ gleichsam ‚unverdrossen‘ sogar die Basis für die – im Landesmaßstab, kontinental oder schließlich weltweit – zu verzeichnende Bereicherung bzw. „Wohlstandsmehrung“, wenn auch nur „jeweils überall woanders“ (egal also, wie ungerecht verteilt im jeweiligen Moment, weil dies immer noch als ein ganz ‚abtrennbarer‘ Akt ungerechter Verteilung von Profit und Last verstanden wurde!).

Nach L. konnte sich so jeder, wie benachteiligt er auch sein mochte, letztlich selbst - oder vielleicht zumindest im Blick auf seine Kinder und Kindeskinde - als nicht prinzipiell von diesem Fortschritt ausgeschlossen

<sup>1</sup> Ob aber diese „alle“ im Konzept selbst überhaupt ernstlich gemeint gewesen sein konnten, wurde in den entwickelten Ländern, für die das relevant ist, erst in den letzten Jahrzehnten systemisch hinterfragt.



betrachten. Dies gilt umso eher für die Menschen auch unterer Schichten in den entwickelten, also über Jahrzehnte auch schon auf Kosten anderer lebenden Länder. Sie hatten ja schließlich auch schon seit mehr als 150 Jahren „ihre“ politische Vertretung in der landeseigenen Arena des Kampfes um die Anteile an diesem „gemeinsamen“ Zuwachs einer Nation.

Dies war insbesondere in Deutschland nach den maximalen Zerstörungen der Städte und Industriemetropolen im zweiten Weltkrieg gut sichtbar, da ja ‚Platz‘ war für einen substantiellen Wiederaufbau. Ungeachtet der materiellen Zerstörungen war ja – gleichsam angestammtermaßen - sehr viel Know-how, vor allem Fertigkeit im industriellen Produzieren, vorhanden, so dass hier - nach sehr wenigen, aber extrem schlimmen Anfangsjahren mit Hunger und „Flüchtlingsströmen“ aus dem Osten – viele sehr konkret für sich selbst den Fortschritt, etwa die Sicherheit eines „Normalarbeitsverhältnisses“ erlebten, bei gefühlter Grenzenlosigkeit dieser Dynamik zumindest in der Bevölkerung, über Jahrzehnte auch bei den politischen Elite. Es gab die Idee der sicheren Möglichkeit zum fortschreitenden Erwerb von - sich quantitativ und qualitativ absehbar steigenden - Lebensbedingungen aus eigener Kraft, das eigene Haus, das Auto, die Urlaube usw.

Auch wenn es damals schon – nicht nur infolge Überwindung der Gewaltherrschaft, sondern auch wegen der damals schon immer besseren und breiter streuenden Informationstechnologien - sehr viel mehr Nachrichten übers Land und über die Welt gab, blieben diese Informationen letztlich „Begleiterscheinungen“ des Lebens, hatten weit überwiegend keine Konsequenz oder etwa „Bedrückungscharakter“<sup>2</sup>. Das erste Anklingen globaler Dimensionen kam so – wenn man die Kriege, an die man gewöhnt war, einfach abzog - noch mit ungebrochen positiver, aussichtsreicher, zukunftssträchtiger Konnotation ins Bewusstsein der Menschen, zumal die Begegnung oder gar Konfrontation mit dem wirklich Fremden nur ausnahmsweise auf eigenem Boden stattfand.

Mehr Fragilität und ggf. ungünstige Abhängigkeit von weltpolitischen Vorgängen kam dann etwa mit der Ölkrise 1973 auf und mit den ersten Berichten darüber, dass die - bis dato zwar immer wieder, wechselnd intensiv, bedauerten und kritisierten, nie aber als systematische Gefahr betrachteten – Grenzen der Welt und Grenzen des Wachstums (Club of Rome , 1964) nicht nur lokal da und dort mal Menschen, vielleicht auch viele Menschen, vertreiben und ganze Länder verwüsten. Je wirtschaftlich entwickelter und im Wohlstand ein Land war, desto weniger wurde dies natürlich am eigenen Leib gespürt (beziehungsweise noch gar nicht gespürt), desto mehr fühlte man eventuell aber schon mit diesen Menschen, die im Fernsehen auf der Flucht und vor brennenden Dörfern gezeigt wurden, mit und spendete evtl. auch Geld. Es blieb aber noch lange eine Welt, mit der man an sich nichts zu tun hatte und die gewissermaßen gar nicht sein müsste (siehe den „Skandal: Biafra“).

Seit vielen Jahren sind nunmehr aber auch - nicht mehr nur unidirektionale – globale Interdependenzen, wirtschaftlich, zunehmend aber auch biologisch bzw. existentiell spürbar, nicht erst jetzt im Sinne der „Klimakrise“. Die Menschen werden vor allem auch – wie durch eine plötzliche kalte Dusche – mehr und mehr hierauf gestoßen, da sie erkennen müssen und überall vorgeführt bekommen, dass sich Kenner und Könner, bzw. wirkliche „Player des Globalen“, speziell die Finanzwelt, „heimlich“ schon seit langem weiterentwickelt bzw. von den „normalen Menschen“ wegentwickelt hatten, und dies mit immer größeren Schritten auch immer weiter tun: sie werden explosionsartig immer reicher, egal ob sie von hier sind oder „unser Land übernehmen“. Sie unterwerfen das wirtschaftliche Handeln immer mehr einer Kapitalgewinnlogik, so dass „das Volk“ - auch wenn der absolute Wohlstand über lange Zeit noch gar nicht in Gefahr war – zunehmend unsicherer wird und sich nicht mehr in (vermeintlich) überschaubaren Zusammenhängen sieht, sondern sich hilflos weltumspannenden Entscheidungen hinter verschlossenen

<sup>2</sup> Was eventuell sehr genaue Informationen zur militärischen Sicherheitslage hätten haben können, wozu es aber - in eigentümlicher Synergie von Desinteresse an Störung und Desinformation und angesichts einer quasi selbsterklärenden und auch „alles wegklärenden“ Konfrontation im kalten Krieg - gar nicht erst kam.

Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

Türen aus den - schon „über der Welt schwebenden“ – Topetagen allseits gleicher und vernetzter Festungstürme ausgeliefert fühlt. Da lösen sich mehr und mehr die Sicherheit von Arbeitsplatz, Auskommen und Wohnort – bzw. der Angestammtheit eines Wohnorts oder der Heimat - in nichts auf (**Gerhart Polt** würde sagen: „Wie der Schnee im Fön!“).

Europaweit wurden so für immer mehr Menschen in den letzten 20 bis 30 Jahren – mit selbstverständlich starken und systematischen Unterschieden zwischen den Ländern – die Rahmenbedingungen des Lebens subjektiv, aber auch objektiv, wieder so prekär, wie sie waren, als man noch keinen Sozialstaat hatte, der doch immer damit warb, einen da rausgeholt zu haben. Auch wenn es fast nie um Hunger geht, hatte man nun plötzlich irgendwie „an sich selbst“ zu arbeiten, fit zu sein oder zu werden „for the job“. Es reichte also nicht mehr, einfach fleißig zu sein (mit der Aussicht, dann auch gut leben zu können), man sollte sich nun „weiterentwickeln“ oder musste und muss als Unqualifizierter zunehmend - zu relativ sogar wieder sinkenden Löhnen – ohne feste Anstellung, also ständig auf dem Sprung oder vor dem Rauswurf, ein immer schlechteres Leben fristen.

Die Menschen haben somit angefangen, wahrzunehmen, dass der früher einvernehmliche - allenfalls in der konkreten Umsetzung mal so, mal so strittige gewesene - Prozess der Modernisierung sie nicht mehr „mitnimmt“, es nicht mehr um eine positive Modernisierung ihres Lebens geht. Sie erleben nun die „regressive Moderne“ (vgl. **Oliver Nachtwey**). Wenn nicht bereits konkret, so merken sie es doch in Form einer gesamtheitlichen Bedrohung und sehen – mit wie von Schuppen befreiten Augen – spontan, unausweichlich und ausnahmslos alles nur noch negativ, was an Informationen über und aus der Welt auf sie zukommt. Sie fühlen sich zunehmend von der Politik oder den Führern der Welt - denen sie früher Zuständigkeit und Fähigkeit zur Lenkung der Geschicke in ihrem Sinne zusprachen – nicht mehr nur enttäuscht, sondern verraten. Letzteres nicht nur, weil sie ihnen vorwerfen müssen, dass sie das zulassen und „nichts dagegen tun“, sondern weil sie dem inzwischen einen Plan unterstellen, sich also mit ihrem Schicksal in ganz eigentümlich-düsterer Weise in deren Politik gar nicht mehr - oder allenfalls nur noch nur als „Störfaktor“ – vorkommend wahrnehmen. Sie wurden aus ihrer Sicht nicht nur aus Versehen fallen gelassen, sondern schlaue „gestrichen“. Als hätte man in jedem Fall also den normalen Menschen gar nicht mehr im Blick.

Nach L. führt nun aber diese – im Einzelfall mehr oder weniger ausgeprägte, zum Teil auch noch nur vorbewusste, sich in den Ländern aber doch letztlich ‚unaufhaltsam‘ bzw. seuchenartig ausbreitende - Abkehr vom staatstragenden, demokratischen Konsens zu einer überstürzten gedanklichen Flucht zurück in bessere Zeiten: Das „Nicht – Globale“ wird sozusagen zur neuen Fortschrittsgröße, zurück zum Lokalen, zur heilen Welt, zur Tradition, zu Schutz und Identität, denn das sind alles ja Dinge, die es mal gab und die man gut kannte. Laut L. ist nur aber nicht dieses konglomeratähnliche Zufluchtsziel selbst die schlimme Konsequenz dieses Verrats, sondern die Überstürztheit, mit der das geschieht. Für den Menschen, der nichts als sein Schicksal selbst hat, kein verantwortlicher Politiker ist und irgendwo ja rasch „mit sich hin“ muss, ist diese Zielprojektion geradezu alternativlos.

L. fordert, dass deshalb das primäre Erschauern politisch bewussterer Menschen sehr schnell in eine Erkenntnis und Anerkenntnis der „kompletten Richtigkeit und Angemessenheit“ dieser neuen „alten Ziele“ umschlägt, damit dann der Blick frei wird, sich um eine weniger überstürzte Definition dieser „konservativen“ Wünsche und eines daran ausgerichteten neuen politischen Weges zu bemühen.

Die noch geistesgegenwärtigen und verantwortungsvollen Teile der großen Politik und die - für Humanität und Gerechtigkeit vor allem auch mit dem Verstand eintretenden - Menschen müssen somit laut L. exakt dieselbe Abkehr vollziehen, und zwar schnell genug. Nicht nur weil es richtig ist, sondern weil man nur dann auch verstehen kann, was entgegen der bisherigen Verheißung eines automatischen Zusammenwachsens aller Menschen und Völker, die zumindest ja noch Hoffnung enthielt, angesichts der explodierenden Widerlegung dessen durch die Weltrealität an konkreter Dezivilisation und Entdemokratisierung droht.

Es ist ja schon absehbar, dass sogar genau die Signata gesellschaftlichen Fortschritts, etwa die Bereitschaft zum Teilen und Lebenlassen des Anderen, die früher viele eben zumindest „zur Kenntnis genommen“, aber doch „geduldet“ haben, angesichts dieser verlorenen, persönlichen Sicherheit und Zukunft „plötzlich“ zum Ballast werden. Da „merkt“ man dann plötzlich, dass man das alles von Anfang an nicht wollte. Hierzu passt dann eben ein monströses Konglomerat an Aufregern, wie Flüchtlinge, Migration, eine andere Wirtschaftspolitik primär kooperierender Länder, aber auch neue Sitten, Freizügigkeiten und die Befreiung von Regeln, wie das ja auch in der Finanzwelt mit ihrer mörderische Unspießigkeit passiert ist.

Es gibt also viel pars pro toto, viel Holzschnittartiges, „aufatmendes“ Vereinfachen, viel Übertreibung, viel Interesse an Rettung, Stärke und Durchgreifen, wenig Interesse an weiterem Reden (**Jared Kushner**, Schwiegersohn von US-Präsident **Donald Trump**, im Jahre 2016: „We’ve read enough books“). Es besteht großes Misstrauen gegen jedwedes – auf Gewinnen und Überzeugen des anderen abzielendes - Differenzieren, denn verständlicherweise interessiert sich ja auch ein Ertrinkender nicht mehr für seinen Schwimmstil. In diesen Übertreibungen und Verrohungen stecken eben extrem viele essentielle Bedürfnisse, die die Politik tatsächlich vergessen bzw. deren explodierende Missachtung sie – sehend, aber nicht verstehend - in Kauf genommen hat. Vielleicht - so munkelt man - weil man erkannt hat, dass man die Menschen sowieso nicht mehr schützen kann, dies aber verschweigt (Sinngemäße Aussage des AfD-Fraktionsvorsitzenden **Alexander Gauland** von der AfD bei einer Rede im Jahre 2018: eure bisherigen Volksvertreter lieben die anderen, die lieben euch nicht mehr ... ihr seid abgeschrieben!).

Haben die Menschen aber erstmal das Gefühl, dass der Staat ihren Wünschen nach einem gewissen Wohlstand und einer gewissen Sicherheit nicht mehr verpflichtet ist, macht es auch keinen Sinn und keine Freude mehr, seinerseits diesem zu dienen und den Gesetzen (mehr als nötig) zu gehorchen, ist das bestimmte Land in seiner politischen Verfassung also keine Heimat mehr. Heimat kann laut L. für die überwiegende Menschheit - die ja nicht aus Weltbürgern besteht, die für Politik, Wirtschaft, Finanzen oder die Wissenschaft willentlich durch die ganze Welt jetten, somit allenfalls Getriebene, nicht aber Vertriebene sind - nur ein Stück „bewohnbarer Boden“ sein, eine lokale Region in Verbindung mit Menschen, die Zeit und Raum lässt, dort eine Vertrautheit mit - mehr oder weniger gemochten - Mitbewohnern und Örtlichkeiten entwickeln zu können, mit einem sicheren Einkommen, Aussichten für die eigenen Kinder und die Familie und u.a. eine den Standards entsprechende, ausreichend gut zugängliche Gesundheitsversorgung. Diese *Conditio sine qua non* für das Commitment für ein Gemeinwesen gilt umso mehr, je länger man das vorher bereits mal hatte und je mehr es für einen Menschen zurecht als „an sich normaler“ bzw. allseits als gegeben propagierter Standard für arbeitende oder arbeitsbereite Menschen erscheint. Das Fehlen dessen ist nur da erträglich, wo zumindest die Entwicklung einer Gesellschaft in diese Richtung geht und sich mehr oder weniger alle als „zusammen daran Arbeitende“ empfinden können. Das ist bei uns aber vorbei. Schöner wär’s, man könnte sagen: anhaltend erreicht.

Stattdessen merken aber immer mehr „Normalbevölkerungen“ dieser Welt - die ja international und auch intranational ein hohes Sensorium für Vertrauen oder Verrat haben und die zunehmend zwar unterschiedlich, aber doch allseits betroffen sein können -, dass es internationale Eliten gibt, die sich - unter Inkaufnahme einer fortschreitenden Deprivilegierung nicht nur der schon immer benachteiligten Völker, sondern nunmehr auch großer Teile der Bevölkerungen in der entwickelten Welt – nicht nur immer weiter bereichern, sondern sich auch wieder Festungen errichten, bestmöglich ausgestattet, klimatisierte Ressorts: zwar noch (!) auf dieser Welt, dennoch abgetrennt, als grenzenlos privilegierte, unerreichbare „Überlebenswelt“, auf der sie gemäß eigener Hoffnungen noch sehr viel länger gut leben können, unbehelligt also von der „einen“ Welt, die sie verlassen haben, weil sie deren unaufhaltsamen Untergang erkennen und einpreisen, also die Vernichtung der Ressourcen, der Kultur und der Lebensverhältnisse für den gigantischen Rest der Menschheit. Die Menschen, die das so deutlich merken - und da täuschen sie sich

im Kern mitnichten -, glauben deshalb, dass die Politik für diese Eliten tätig ist, ihnen selbst aber Sand in die Augen streut.

Gerade diese Menschen sind aber in dieser Verzweigung – und trotz ihrer eigentlichen Desillusioniertheit - zur Zeit sogar „noch ein letztes Mal“ (vielleicht ja auch das mehrfach, aber nicht ewig ...) besonders illusionierbar: durch diejenigen nämlich, die ihnen „vielleicht doch noch einmal“ eine Zukunft geben bzw. zurückholen, und zwar mit einem „Zaubertrick“, dessen Scheitern hinter der Bühne aber bereits einkalkuliert ist. Sie verbinden nämlich die Hoffnung auf einen weiteren - angeblich nur durch die ganzen Zögerer und Zauderer (die „Obamas“ dieser Welt) ins Stottern geratenen, einfach wieder anzukurbelnden - „Fortschritt“, mit einer noch forcierteren und aggressiveren, nationalen Expansion zu ihren Gunsten („America first“). Dies aber verbinden sie schließlich – mit einer ganz entgegengesetzten, eigentlich selbstverräterischen, menschenverachtenden Rhetorik – mit dem Versprechen, die Gesellschaft wieder zusammenzuführen bzw. zurückzuführen in die goldenen Zeiten von „Wohlstand und Anstand“, also in eine Zeit vor dem „großen Regelverlust“. Das sind dann die Kampagnen gegen die „Bösen an der Wallstreet“ einerseits, vor allem aber gegen Abtreibung, für härtere Strafen, für restriktivere Immigrationsregeln, für mehr Protektionismus und weniger spaßverderbende Produktionsbehinderung, für die „Heimholung“ von Produktionen und damit für mehr „ehrliche“ Arbeitsplätze usw.

Dass dies im Weltmaßstab nicht gehen kann, es also nichts anderes ist, als der gleichsam „letzte, gigantische Betrug“ breiter Schichten, der die Völker wieder aufeinanderhetzt und ablenkt und Zeit schafft für den Ausbau der Rettungsausgänge für die Reichsten der Reichsten (L. nennt dies „Trumpismus“), es also unsere Welt weiter zerstört und uns alle (den einzelnen zunächst noch hübsch individuell, zunehmend aber alle „Non-Ivy-Members“) immer ärmer und unsicherer machen wird, wissen wenigstens noch einige Politiker auf der ganzen Welt, die ihre Aufgabe noch ernstnehmen, also nicht bewusste oder halb bewusste Hasardeure sind.

Fast keiner dieser wirklich ehrlichen und würdigen Staatslenker und Politiker weiß aber - im weltpolitischen Kräftefeld von immer mehr aufputschender Konkurrenz anstelle von Kooperation - , wie man schnell genug politisch tragfähige und auch gewinnende, die Menschen also nicht „überfordernde“, Umsteuerungen hinkriegt. Die wirklichen „Retter“, auf die es hier ankäme, können ja auch gerade nicht charismatische „Machtmenschen“ sein, denn die Aufgabe ist genau für diesen Gigantismus zu gigantisch! Sie sind ja auch selbst noch am Suchen (siehe etwa die Selbstfindungswehen der SPD, zunehmend auch der CDU).

Etablierte Parteien „mit Geschichte“ finden sich zur Zeit nämlich mit ihren politischen „Leitplanken“ von früher, die ihnen oft schon das eine oder andere Pro und Contra „vorgaben“, nicht mehr zurecht, denn sie kommen ja aus den Traditionen des klassisch linken oder rechten Marschierens auf dem vorbeschriebenen, bis dato allgemeinverständlichen, althergebrachten, nicht mehr aber tragfähigen „Fortschrittspfad“. Dies ist wiederum ein Grund für die – in Abhängigkeit etwa vom länderspezifischen Parteiensystem parlamentarisch unterschiedlich sichtbare, tatsächlich aber fast schon weltweit gestärkte - Position ökologischer Parteien, die aber ebenfalls ein Manko haben: sie scheinen für viele, die sich jetzt schon sehr bedroht fühlen, die Nöte der Natur höher zu bewerten, als die der Menschen. Die – dort auch schon leierkastenmäßige – „Zauberharmonie“ von Ökologie und Ökonomie (wenn man es denn nur richtig machen würde...) glauben auch immer weniger. Auch die derart klassisch Grünen drohen deshalb, über kurz oder lang ihre Gefolgschaften wieder zu verlieren, und zwar - bis zum Eintritt der, endgültig klaren Wein einschenkenden, Katastrophe – ebenfalls scheinbarweise an die starken „Männer“ wie Trump, Salvini, Bolsonaro usw. Dies einfach deshalb, weil man diesen „Trumpismus“ wenigstens „versteht“ und – solange es noch geht bzw. zu gehen scheint - eben doch am liebsten an das einfache „Great again“ glauben möchte.

Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

Als den komplett neuen Vektor dieses „Trumpismus“<sup>3</sup> im weltgeschichtlichen Koordinatensystem - einem neuen Vektor quer zur bisherigen Haupt-Kraftlinie zwischen Globalisierung und Globalisierungsrückabwicklung in Richtung Lokales – macht L. „das Außererdige“ aus, weil ein zunehmender Betrag auf diesem Vektor, also die tatsächliche, breite Umsetzung dieser untauglichen, aber intensivierten Programme gleichsam über die sterbende Erde bzw. aus der sterbenden Erde hinaus führt, sie gleichsam angewidert „hinter sich“ oder gar „unter sich“ lässt.

Der somit überlebenswichtige, ebenfalls „ganz neue“, entgegen gerichtete bzw. „antitrumpistische“ Vektor kennt und spürt somit aktuell nur das, wovon er sich mit aller Macht abstoßen will, weiß aber wenig Genaueres, vor allem auch methodisch Genaueres, zum eigenen Ziel. L. umschreibt es aber schon mal als „das Terrestrische“.

Für dieses „Terrestrische“ muss also ein – möglichst mit dem früheren Fortschrittskonzept vergleichbar griffiges – „Fortschrittsverständnis“ entwickelt werden, eine gerade nicht nur intellektuelle bzw. bloß kluge, statt vermeintlich primitive, also eine auch emotional überzeugende, die Menschen ansprechende, der Einfachheit des Bloßlokalen einerseits und des Bloßgigantischen andererseits „ausweichende“ Tendenz. Das – leicht gesagte, aber schwer nur zu erfüllende - „Anforderungsprofil“ hier wäre also, dass aus dem wirklich Guten des Lokalen und des Globalen ein ganz neues - mit begründeter Zuversicht versehenes - Ziel entsteht, natürlich nicht synthetisch konstruiert und auch nicht „von oben“ dekretiert, sondern quasi parallel zum Weg selbst. L. empfiehlt hier – was immer das heißt (!) – eine „diplomatische Unterredung mit denjenigen, mit denen man leben will“.

Dies muss idealerweise aber nicht nur überhaupt, sondern auch rasch passieren, d.h. dass sich politisch Denkende – vor den Trümmern ihrer bisherige Kampagnen stehend – rasch „umbesinnen“ und damit auseinandersetzen müssen, denn immer mehr Menschen haben große Ängste, Schwierigkeiten und Unsicherheit. Dieser Dialog müsste – wieder nur so ein „Anforderungsprofil“ – schon ohne bereits komplette Zielkonkretion und Verheißung „irgendwie“ überzeugen, Hoffnung bieten, wieder das Gefühl von potentieller Selbstwirksamkeit im Gemeinwesen und von Repräsentiertheit in der professionellen Politik verleihen, manche Menschen also geradezu „rezivilisieren“.

Dies verlangt, in neuer Weise vormals linke und rechte Positionen nicht mehr wechselseitig aversiv abzuqualifizieren, sondern „neu zu mischen“, was ja andererseits faktisch bereits jetzt und in aller Mühseligkeit in unseren Gesellschaften – mit gelegentlichen Rückschlägen in dem eine oder anderen europäischen Land – passiert. Das bedeutet zum Beispiel, zuzulassen und nicht gleich in Schreckstarre zu verfallen, wenn etwa L. - scheinbar sehr „der Scholle zugewandt“ - von „bewohnbarem Boden“ spricht und dies erklärt, oder auch von der Wiedergewinnung einer „Wohnstätte“, wo ich als Mensch bin, mich entwickle, sein kann, mich anstrengen muss, aber auch anstrengen kann (je nach Fähigkeiten), dann dafür aber auch (ebenfalls je nach Beitrag des Einzelnen, aber auch nicht ggf. gar nicht!) eigene Erfolge erziele, und zwar in einer nicht nur imaginären, sondern noch erlebbar nahen Zukunft (etwa eine eigene Wohnung, ein eigenes Haus).

Da wir aber weltweit in einer extremen Krise stehen - aktuell nicht etwa einer der Weltwirtschaft, zumindest nicht mit objektiven Versorgungskrisen, sondern einer der urwüchsigen Selbstgewissheiten, unabhängig von der aufgeladenen Frage, wie hoch der Anteil des Menschen am zunehmenden Verlust des Bleiberechts auf der Welt auch ist - wählt L. hier das Bild, das wir gleichsam „in den Ruinen der Modernisierung“ leben und „wie Blinde tastend“ wieder „nach der Wohnstatt“ suchen müssen.

<sup>3</sup> Wobei sich dieser Begriff nicht an der Person von Donald Trump als einem Erfinder dessen festmacht, sondern nur als aktuell halt mächtigstem Vertreter dieser Höllenfahrt.

### Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

Hier aber konstatiert er dann eben – ein bisschen so, als wäre das eine, ihn in diesem Moment gerade erst selbst überraschende, Entdeckung – , dass der alte Kontinent Europa, in dem die Vielzahl aller denkbaren Katastrophen über die Jahrhunderte bis in die jüngere Vergangenheit hinein gleichsam zwischen den Völkern „diskutiert“ und ausgehandelt bzw. ausgekämpft wurde, sich „naturwüchsig“ – also nicht qua Beschluss am grünen Tisch, an dem allenfalls nur das Notwendigste großpolitisch nachvollzogen wurde – selbst auf die Agenda gesetzt hat:

Europa ist laut L. sinngemäß das „geborene Weltlabor“, in dem eine neue, vielfach noch nur an ihren Herausforderungen festzumachende, weltweite Modernisierungsfront in Richtung „Terrestrisches“ konkretisiert und etabliert werden muss: letztlich natürlich nur als das, was demokratische Politik schon immer war, also als ein fortwährender Such- und Umsetzungsprozess.

Damit kontrastiert natürlich die wenig eindrückliche, nicht vor Erfolg strotzende, vielfach in den Ergebnissen nur unzureichende Performance. Es handelt sich dabei aber laut L. um eben diese „Bastelarbeit“, die jetzt ansteht, die uns aber auch - nachvollziehbarerweise und trotz all dieser ermutigenden Sprüche - über weite Strecken nervt, weil ja - gemessen am Problem - alles immer zu „Klein-Klein“ ist, andererseits aber - angesichts der unausweichlichen, jeweils sich schnell breitmachenden Destruktivität des „Groß-Groß“ oder „Ratz-Fatz“ – die einzig erträgliche und wünschenswerte Version von Zukunftsgewinn darstellt! Diese Mühsal muss aber mehr Lust und positive Aussichten enthalten als Frustration und Abstiegsängste. Das sei die Aufgabe!

Bewertung dieser Gesamtsicht und Konsequenzen für aktive Proeuropäer:

Diskussion einzelner Aspekte im „terrestrischen“ Entwurf von B. Latour:

Schon die Referierung des dargestellten, komplexen Argumentationsstrangs von Bruno Latour war – zwar entgegen der primären Planung, aber auch unvermeidlich – gekennzeichnet von häufigen Nachfragen, Einwürfen und der Diskussion einzelner Punkte.

Speziell in Bezug auf die hieraus abgeleitete Charakterisierung des Projektes Europa und seiner weltgeschichtlichen „Funktionszuweisung“ gab es auch gegensätzliche Positionierungen:

Insbesondere das stark betonte Handikap, einfache und zielführende Entscheidungen zu treffen, wurde als nicht so „EU-eigen“ gesehen. Vieles könnte - so der Einwurf - leichter sein, gerade auch wenn die Regierung in nationalem Maßstab ihre Aufgaben besser erledigten und folglich nicht so sehr darauf angewiesen wären, in Europa zu obstruieren. Es sei also nicht nötig und auch nicht richtig, zu viel Verständnis für die Mühseligkeit und Langsamkeit zu entfalten. Angebracht wäre ein immer organsierteres Maß an Ungeduld der europäischen Bürger.

Konkrete eigene – ergänzende oder auch gar nicht auf das Buch bezogene - Positionen noch vor Abschluss der Skizzierung dieses „terrestrischen Projektes Europa“ waren auch nicht ganz zu vermeiden:

So wurde als „Ärgernis Europa“ und als Grund einer zunehmenden Distanz vieler gerade in Deutschland das Agieren der Europäischen Zentralbank bzw. die Geldpolitik angesprochen, mit den zeitweilig unbegrenzten Ankäufen von Staatspapieren, und dem „Verbrennen gesunder Liquidität“ mit Belastung der deutschen Wirtschaft u.a. Einig waren sich aber dennoch alle, dass es wichtig, wenn auch schwierig ist, den Gesamtprozess, die Gesamtunternehmung, mit all ihren Facetten in Europa, „festzuhalten“ und bestmöglich wertzuschätzen, ohne in den Sog eines - zum negativen Verweilen einladenden - kategorischen Pro oder Contra zu den Themen zu kommen, die ja tatsächlich sehr substantiell, fachlich aber oft auch hochkomplex sind.

### Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

Eine Teilnehmerin formulierte, dass es das Merkmal von Souveränität und Kompetenz des Proeuropäers sei, das „halbvolle“ und nicht das „halbleere“ Glas zu sehen, also im Streit und auch in den Entscheidungsergebnissen als solchen, wenn sie denn gefallen sind - auch unabhängig davon, ob man sie bejaht oder nicht – selbst schon einen, alles überstrahlenden Vorteil zu sehen, und zwar als einem eigenständigen Aspekt von Lebensqualität und Sicherheit. Mit so einer Entscheidungsfindung hat man nämlich jeweils den anderen nicht einfach weggedrängt, muss sich also auch nicht vor etwaiger Revanche fürchten. Und wer sich nicht einfach hat wegdrängen lassen, muss seinerseits nicht fürchten, dass andere ihn weiter fürchten. Das Auskommen miteinander, nicht das Sich-Durchsetzen, sei die einzig nachhaltige Form des Zusammenleben der Völker.

#### Allgemeine Quintessenz des „terrestrischen“ Entwurfs von B. Latour für unsere Arbeit:

Im Großen und Ganzen schien uns diese „Welt-Zeitgeist-Interpretation“, bis hin zur jetzigen, weltweiten politischen Krise mit Infragestellung der alten Demokratien und der scheinbar unaufhaltbaren Stärke eher dirigistischer Systeme - aber auch mit der Hinführung und dem Ausblick nach Europa, - eine inspirierende, sinnstiftende und den Gesamtrahmen innovativ erweiternde „Ermunterung“ zu sein. Sie schien somit geeignet, die Diskussion zu beflügeln, ob und wie man evtl. weitere Aktivitäten entfalten oder Akzente setzen müsste, um besser als bisher Menschen für die europäische Integration zu gewinnen, was ja ein Hauptaspekt unseres Gesprächsgruppenthemas ist.

#### Diskussion eventueller Konsequenzen des „terrestrischen“ Entwurfs von B. Latour für unsere Arbeit:

Ein erster – sehr allgemeiner, vielleicht aber durch diesen Text und das neue Verständnis auch neu belebter – Gedanke war, dass man evtl. nachhaltiger politische, gesellschaftliche und persönliche „Einzelprobleme“ und Themen, anhand deren die Menschen dieses „Verraten-Worden-Sein“ erleben, durch eine öffentliche Präsenz der EUROPA-UNION und die Unterstützung entsprechender Forderungen mit dem europäischen Prozess als Lösungsrahmen „verlinken“ sollte: gemeint ist damit beispielsweise auch die Beteiligung an Protesten und Demonstrationen mit der Europafahne und/oder der Fahne der Europaunion.

Wenn man dann auch noch detaillierter zu den anstehenden Themen und Fragen solcher Kampagnen – die man evtl. selbst aufbringt oder die andere initiieren – informiert und sich darin auch als verlässlich erweist (Motto: „... die sind eigentlich immer auch dabei und haben eigentlich auch immer gar nicht so schlechte Ideen UND konkrete Informationen ...“) würde hier auf längere Zeit eine immer engere Assoziation zwischen konkreten Lebensfragen und dem – in Wirklichkeit oft ja bereits sehr konkreten, alle europäischen Bürger erreichenden - Regelungsprozess im institutionalisierten Europa gelingen. Dafür müsste man sich selbst natürlich kontinuierlich „sprachfähig“ halten, also informieren.

Dass wir dafür schon hervorragende Portale haben, zum Beispiel den „EUROPA-UNION-Fakten-Check“, wo man sich sehr konkret - anlassbezogen oder auch so - einen guten Überblick verschaffen kann, wurde von Teilnehmern deutlich gemacht, war den meisten aber gar nicht bekannt. Vielleicht auch, weil das eben doch an uns selbst viele Anforderungen stellen würde, wenn wir in diesen wichtigen Zukunftsfragen, die letztlich u.a. den Fortbestand unserer demokratischen Verhältnisse berühren, wirklich mehr Flagge zeigen wollten.

An konkreten, Europa zueigen zu machenden Forderungen, wurde beispielsweise das fundamentale Ziel genannt, dass junge Familien in einer größeren Stadt – sei es in Deutschland oder anderswo in Europa - in der Lage sein müssen, eine Wohnung und etwa auch eine Kinderbetreuung zu finden, die sie auch bezahlen können. Gerade dieses Thema lässt auch daran denken, wie gut es möglich sein könnte, ein paar - gegebenenfalls auch kämpferisch und laut vorgetragene – themenbezogene Informationen sowohl zur Situation im eigenen Land, inklusive der hier wirksameren europäischen Interventionen und Einwirkungen, vorzutragen und diese dann zu parallelisieren mit den vergleichbaren Situationen in anderen Ländern

Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

Europas, auch hier mit Angabe der eventuell wirksamen europäischen Interventionen und Einwirkungen. Dies würde gegebenenfalls auch den oft wohlfeilen Vorstellungen über die paradiesische Situation in anderen Ländern entgegentreten, die dann häufig verbunden sind mit der Idee, dass die eigenen nationalen Haushalte zu Gunsten anderer ausgeplündert würden.

Mit solchen konkreten, vitalen, also auch sehr einfachen – weder völkerverständigend überhöhten, noch auf die abstrakte Ebene z.B. der Finanzpolitik „abgehobenen“ - Fragestellungen der einzelnen Menschen und Familien „wie Du und ich“ muss man mit langem Atem der - immer wieder aus dem Boden von Uninformiertheit aufschießenden - Desolidarisierung zwischen den europäischen Bürgern unterschiedlicher Nationen entgegenwirken.

Ein weiteres konkretes Thema war auch der Gedanke, dass es doch möglich sein müsse, dass Menschen sich in der Regel ihre Wohnstätte, wenn sie angemessen ist, sogar selbst müssten erbauen oder erwerben können.

Die Entwicklung einer Politik und eines Wirtschaftens, das den Klimawandel nicht weiter befeuert und bekannte, menschengemachte Ursachen schnell möglichst zurückführt, sollte auch eine Forderung sein, der sich die EUROPA-UNION anschließt. Sie sollte die erste Anlaufstelle sein, die zum Stand dessen in Europa informiert, mit den politischen Lösungsansätzen und den Schwierigkeiten. Folge sollte auch hier sein, dass Europa zunehmend in der Öffentlichkeit - trotz aller Schwierigkeiten - als „der richtige“ Rahmen gesehen wird, nicht nur als der „eigentliche“.

Es wäre natürlich ein riesiger Fortschritt, wenn wir uns etwa bei Aktionen wie den Freitagsdemos von „Fridays vor Future“ in verschiedenster Weise konkret zeigen würden: als eine Organisation, der man das auch schlecht streitig machen könnte, denn wir sind weder das offizielle Europa noch eine nationale Partei, sondern „lediglich“ eine Pressuregroup für einen geomentalen Rahmen, der ein Mindestmaß dessen darstellt, was man braucht, um diese Zukunftsbretter zu bohren. Würden wir es beispielsweise in solchen Demonstrationen schaffen, europaorientierte Sprechchöre zu etablieren und europäische Transparente mitführen, würde klar, dass wir nicht weniger weit denken, dass auch wir träumen und hoffen, auch wenn wir auf dem Boden des europäische Klein-Klein sind und auch bewusst bleiben. Es würde mit anderen Worten auf Dauer klar werden können, was ja extrem wichtig ist: dass der Realismus den Idealismus und die Ungeduld nicht ausschließt und sich gerade in Europa – neben allem Mist – auch immer wieder zeigt, wie das Ideal die Realität tatsächlich beflügelt. Nicht alles also, was gemacht wird oder schon gemacht wurde, ist nichts wert bzw. die Wirklichkeit kommt eben auch nur in der Wirklichkeit weiter. Um das aber zu belegen - also dass sie tatsächlich weiterkommt, nicht nur, dass sie ja sowieso gar nicht anders kann ... -, dafür müssen wir mehr über Europa wissen. Liebe allein reicht nicht!

Im Zusammenhang damit wurde auch betont, dass es - will man die Rolle der EUROPA-UNION als ein Faktor der Beförderung des europäischen Projektes in dem von Latour beschriebenen Sinne ernst nehmen - zwar legitim ist, gerade auch bei solchen Veranstaltungen, wie den Hertensteiner Gesprächen, auch für sich selbst den Anspruch auf gutes Informiert-Werden auch zu Details zu haben. Die Zielgruppe all unserer Bemühungen sind aber eigentlich die - nicht bereits sensibilisierten - Europäer, namentlich die deutschen Mitbürger, die wir - je nach Wissen und der Zeit, die wir investieren können oder wollen - schon mit einer gewissen Strategie ansprechen müssen, die man sich erarbeiten muss. Genau das sei eigentlich das Thema dieses Gesprächskreises.

Wir sollten uns deshalb - gerade unter Berücksichtigung der Analyse von Latour – darum bemühen, dass die fast schon notorische Unsicherheit oder Unzufriedenheit mit Europa, die wir oft genug verspüren, unsere Sympathie für Europa nicht zu einem bloß abwartenden, gleichsam unmerklichen oder nur eigentlichen oder gar unverbindlichen Wohlwollen absinken lässt. Die Analyse von Latour mache vielmehr klar, dass wir - unter



Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

Nutzung vorhandener, sehr guter Informationsquellen, speziell eben dem Faktencheck, gegebenenfalls natürlich auch mittels themenzentrierter Arbeitssitzungen - uns selbst immer sprachfähiger machen sollten, um selbstverständlicher und durchgängiger, also nicht nur anlässlich eigenorganisierter „Großveranstaltung“, sondern immer, vorzugsweise sogar eher bei den vielen anderen öffentlichen Anlässen und Ereignissen, dem Engagement für Europa ein Gesicht zu geben.

Wie wichtig der persönliche Einsatz für die Verankerung eines Themas in der Öffentlichkeit und die Entfaltung von Druck in die richtige Richtung sein kann, zeige natürlich das Beispiel von **Greta Thunberg** und der Bewegung „Fridays for Future“. Hier bestand natürlich die sehr begünstigende, auch jugendpsychologische Grundlage, dass eine – in den gegebenen Kreisen ja sogar eher leistungsorientierte und die vorgegebenen Strukturen mehr als früher beachtende – Jugend in der ihr eigenen, viel unverstellteren Weise die faktische Unerträglichkeit dieser - immer „außerordlicher“ werdenden - Welt in sich spürte und dann auch vergleichsweise entfesselt zum Ausdruck brachte. Europa ist dagegen „inzwischen“ weniger „unmittelbar einleuchtend“, war es aber mal nach dem 2. Weltkrieg. Auch jetzt bleibt Europa aber genau die richtige Antwort, denn es ist mehr als eine Person oder eine Bewegung. Europa ist ein handlungsfähiges politisches Großsubjekt. Deshalb sollte es von uns umso bewusster intensiv - tunlichst aber weder im Duktus der Begeisterung noch in dem der Verzweiflung - propagiert werden.

Dem entspricht eine selbstbewusste, unbeirrte, ggf. auch bestimmte, aber nicht starre, nüchterne, ggf. auch fröhliche, nicht aber zwanghaft fröhliche, sich nicht selbst in Freund-Feind-Bilder hineinziehen lassende, gut informierte, oder auch auf mögliche Quellen kompetent hinweisfähige Performance, mit der wir das Projekt des Problemlösens selbst verkörpern, einer Problemlösung nicht nur in Europa, sondern als Europa, da Europa quasi „das“ Synonym für übernationale Problemlösung, eben in dieser Weltregion, ist oder sein soll.

Dies würde für die EUROPA-UNION allerdings immer mehr all das erforderlich machen, was eine funktionierende politische Organisation braucht, selbst wenn sie keine Partei ist, die sich bei Wahlen stellt: „Kampagnenfähigkeit“, bzw. eine Mindestzahl hauptamtlicher, sich auf bestimmte Fachfragen konzentrierender Personen (was vorhanden ist) und eine Vielzahl einsatzbereiter und motivierter Mitglieder, die sich in den genannten Kompetenzen auf aktuellem Stand halten und koordiniert oder als Einzelpersonen die lokalen und regionalen politischen Aktivitäten beobachten und dort bestmöglich durch Teilnahme und öffentliches Auftreten den europäischen Prozess - jenseits politischer Treffen und Bilder auf großer Bühne in Brüssel - als lebendig, also als nicht nur artifiziell, greifbar machen.

Diesbezüglich wurde am Beispiel des Heilbronner Kreisverbands festgestellt, dass die offizielle Sichtbarkeit Europas bzw. der EUROPA-UNION - also nicht nur eine beiläufig individuelle – erwartungsgemäß auch hier stark vom Einsatz sehr weniger abhängt. Wegen dieses großen Einsatzes weniger gelingt das hier sogar ganz gut: das europäische Projekt hat im Raum Heilbronn einen eignen Klang und ein eigenes Gesicht, in sich geschlossen und eigenständig, also klar unterscheidbar von einzelnen europapolitischen Aussagen der politischen Parteien, die dieses Thema ja zwangsläufig in ihre eigene Botschaft einbauen.

Dass dies vielfach woanders nicht so gut gelingen kann, weil hierfür die Aktivenzahlen fehlen, bedeutete aus unserer Sicht aber nur, dass es natürlich - wie immer - ein Optimum gibt, das man auch gut kennen und auch anstreben sollte, egal wie weit man davon weg ist.

Ein neuer Schritt in diese Richtung – frisch befeuert von einer eigentlich ermutigenden, aber auch drängenden europäischen „Aufgabenzuweisung“ durch Bruno Latour – wäre es, wenn jeder von uns **mehr als bisher** und souveräner und im Mindestmaß kundig, sowie trotz aller Ungeduld demonstrativ unaufgeregt, in Einzelgesprächen und bei öffentlicheren Gelegenheiten die Gelegenheit sucht, für den europäische Prozess zu werben.

Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

In Wahrnehmung dieser Verantwortung müsste man sich gelegentlich sicher auch konkret vorbereiten. Je nach Ressourcen vor Ort sollte man aber zu „allen“ sich bietenden Gelegenheiten sichtbar auftreten, auch wenn man nicht vorbereitet ist, etwa wie dies auch anlässlich der letztjährigen Wahlen in Holland und Frankreich die ad-hoc-Bewegung „Pulse of Europe“ hingekriegt hat. Der überzeugende Umgang mit einer Idee und einem Projekt profitiert zwar sehr von guter Informiertheit, ist aber nicht komplett unmöglich, wenn man zu Details nur weniger gut Bescheid weiß.

Gegen Ende wurde nochmal - unter Verweis auf die auch bei L. geforderte „Versöhnung“ des Lokalen mit dem Internationalen - auf die Notwendigkeit konkreter Antworten auf Grundprobleme des Fortschritts, wie das Spannungsfeld zwischen Mobilität und Heimat, bzw. die Frage nach Geborgenheit als einem nichthinterwäldlerischen Konzept, hingewiesen. Wer für Europa eintritt, muss sich damit beschäftigen und es auch laut auf die Agenda setzen, wie Lebens- und Zukunftsfähigkeit für die europäischen Menschen in einer ihnen entsprechenden Weise gesichert werden können. Welche - staatenübergreifende, dabei ggf. stark in Einzelstaaten hineinwirkende, dadurch aber auch wechselseitige Übervorteilungen eindämmende - Regelungen, vielleicht auch erst nur zu evaluierenden Ansätze, sind notwendig. Wo es noch keine Lösungen gibt, dürfen wir ruhig laut phantasieren und auch zivilisiert streiten – und gerade damit auch zeigen, dass nicht immer gleich der Rückfall jedes einzelnen nur auf sich selbst droht, wenn man nicht gleich einer Meinung ist. Gerade so kann für den europäischen Rahmen auch das Vertrauen in die Möglichkeit zur Findung von Lösungen, die noch nicht da sind, verbreitet werden.

Bei solchen Themen sollten wir uns deshalb selbst nicht lauthals vorfestlegen, „bloß“ etwa wegen fehlender Übersichtlichkeit, die man persönlich vielleicht nicht erträgt, weil es halt eine kognitive Dissonanz ist! So etwas demaskiert sich schnell als nur äußere oder vorübergehende und nicht gut überlegte Entschiedenheit, beleuchtet umso stärker die innere eigentliche Ratlosigkeit, und macht mit dem Einzelnen, der sich so verhält, auch das Projekt, für das er steht, also Europa, fragwürdig!

Wir sollten insofern immer diskussionsfähig bleiben, und zwar ohne uns – als wären wir Fachleute im verhakten Fachdialog – immer unversöhnlicher auf eine Seite zu schlagen, etwa bei Fragen zu den Vor- und Nachteilen einer ausgeglichen Haushaltspolitik oder auch entsprechender, strenger Vorgaben, wie sie in Griechenland im Rahmen der Kreditvergabe zur Abwendung des Staatsbankrotts zur Anwendung kamen. Austerität und Schuldenmachen geht beispielsweise ganz offensichtlich jeweils in gewissem Maße und deshalb sollten wir als europäisch gesinnte Nichtfachleute sowohl europafeindlichen Nörglern als auch europafanatischen Hardlinern (für eine einzige Lösung) entgegenzutreten – nicht nur mit friedentiftenden Ölzweigen, sondern mit dem – eigentlich sehr scharfen (!) - Argument, dass divergierende Positionen aus (in der Regel ja schon länger funktionierenden) europäischen Staaten - soweit diese nicht hegemonial oder möchtegernhegemonial auftreten - primär mal die Einschätzung verdienen, nicht „zwingend, offenkundig und sofort“ ins Elend zu führen. Also ist das Suche und Aushandeln, wie L. es ja gerade beschreibt, wirklich kein dummer Weg!

Das alles sind nämlich Fragen, die gerade nicht banal auf der Hand liegen. Und da empfiehlt sich der Hinweis, dass in Europa bislang extreme und anhaltende Ausschläge und Katastrophen zulasten massiver Verlierer und zugunsten massiver Gewinner nicht zu verzeichnen waren! Gerade das ist ja dann auch - trotz vielleicht aktueller Ratlosigkeit – das allerbeste Argument für den europäischen Prozess. Manchmal sind eben „qualifiziert“ verpasste, aber offen gehaltene Lösungen heute die allerbeste Basis für die bessere Lösung morgen!

Wir sollten also vorrangig die Tauglichkeit des - letztlich friedenserhaltenden, Zuspitzungen vermeidenden, zum Ausgleich führenden und nach dem Willen aller auch die Nachteile gerecht verteilenden - Entscheidungsfindungsprozesses in Europa hervorheben.

Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

Entscheidungen in Europa brauchen zwar lange. Eine derart „zähe“ Entscheidung, die alle Beteiligten aber - trotz Inkaufnahme diverser Mängel aus jeweiliger Sicht - zum gegebenen Zeitpunkt auch treffen wollten, ist andererseits auch nicht unkorrigierbar, sie kann ja weiterentwickelt werden. Zur Vorteilsübersetzung dessen gehört aber auch, dass wir uns mit den zackigeren Prozessen und Konzepten anderer Weltgroßmächte - wie aktuell den USA oder China - und deren vermeintlicher Überlegenheit auseinandersetzen, wobei das sehr klug zu geschehen hat: es müssen nämlich zwingend tatsächliche Mängel solcher „starker und unaufgeweichter“ Entscheidungen (etwa die Waldbrandpolitik in Brasilien mit den konkreten Sprengkräften für die dortige Gesellschaft) hervorgehoben werden: mit ihrer Bevorteilung einiger und Benachteiligung vieler, ihren gesellschaftlich und wirtschaftlich mittelfristig immer schädlichen Konsequenzen etc. Hier  muss man konkret Bescheid wissen und darf dort nicht am Ende nur den „Mangel an Freiheit“ oder so was verdammen, denn es gibt inzwischen viel zu viel Menschen, denen es subjektiv und objektiv auch bei uns so schlecht geht, dass sie für „gutes Regieren“ liebend gerne auch ein bisschen Freiheit hergeben würden, zumal „die anderen“ sie sowieso nur ausnutzten.

Wir müssen uns zumindest in einschlägigen Beispielen, die jeweils auch nicht zu lange in die Vergangenheit zurückreichen dürfen, auskennen, mit denen man zeigen kann, dass solche machiavellischen Entscheidungen - etwa massenhaft Wohnraum schaffen, zulasten aber der Ökologie, wo die Menschen dann in diesen Städten nicht mehr wissen, wie sie Luft holen sollen – oft nur vorübergehend (evtl. aber auch länger) positiv beeindrucken, dann aber oft katastrophenartig kippen, weil sie eben nicht „ausgelotet“ wurden oder nicht menschengerecht – also im Hin und Her - „gewachsen“ sind.

Für Europa sei also auch „vergleichende Werbung“ angesagt!

Wenn dann etwa – wie jetzt in China - dirigistische Regeln zur Wiedergesundung der Umwelt kommen, muss auf die schon gehirnwäscheartigen Kontrollen und Überwachungen mit individueller, digitaler Anprangerung hingewiesen werden, auf die Willkür der Anprangerung, die Irrtumsanfälligkeit und die Ausgeliefertheit der Menschen, die es trifft. Dies alles muss unsererseits möglichst weniger empört, sondern nüchtern und informativ passieren, weil es sonst arg danach aussieht, als wollten wir - als die, die sowieso nichts hinkriegen – uns mit dem „letzten Joker“, unserem Humanitätsbonus nämlich, gegen die abgrenzen, die es „leider halt hinkriegen“. Im Übrigen gibt es ja auch tatsächlich Dinge, die die besser hinkriegen, weil es bei uns manchmal tatsächlich zu lange dauert.

**Zusammenfassung und Synopse mit den Kernaussagen vom letzten Jahr sowie Ausblick:**

Zum Abschluss führten wir uns nochmals die - bereits eingangs verlesenen und in der Vorbemerkung aufgeführten - Kernpunkte des letzten Jahres vor Augen. Sie alle waren, naheliegender Weise, auch ohne expliziten Aufruf auch diesmal wieder aufgegriffen und, angesichts der Literaturvorgabe, vertieft worden.

Die Zusammenfassung von „Ergebnissen“ der heutigen Gesprächsrunde zum Zweck der Vorstellung beim anschließenden „Hot-Wash-up“ wurde dem Moderator überlassen, der im Wesentlichen dann in aller Kürze zunächst das oben beschriebene Zweiphasenmodell der Modernisierung der Welt gemäß Bruno Latour vortrug, dann auch auszugsweise die voranstehend dargestellten Diskussionspunkte: vor allem die – sich aus dem „terrestrischen“ Konzept ergebenden - Konsequenzen für unsere proeuropäische Arbeit, speziell die Charakterisierung von neuen und erweiterten Inhalten, sowie weitere Formen einer zu intensivierenden Öffentlichkeitsarbeit, soweit die Ressourcen hierfür vorhanden sind.

Angesichts der Vielschichtigkeit und des Prozesscharakters dieser Ergebnisse wird im vorliegenden Bericht zu beiden Gesprächsabschnitten – also der Auseinandersetzung mit dem Buch von Bruno Latour, und dem praktischen Teil - auf den voranstehenden, vielfach auch schon zusammenfassenden Text verwiesen, also auf eine nochmalige Zusammenfassung an dieser Stelle verzichtet.

Hervorzuheben ist aber noch die abschließend einvernehmliche Einschätzung über den „eigentlichen Sinn“ eines Gesprächskreises mit diesem Auftrag und Titel:

Er könne letztlich kaum (mehr) darin bestehen, weitere - also quasi „neue“ - Ansätze am Menschen, mit seinen potentiellen Ängsten oder seinen Bedürfnissen - im Hinblick auf Europa oder mittels des „Versprechens: Europa“ oder der „Aussicht: Europa“ - zu identifizieren (es sei denn, uns fällt vielleicht doch nochmal was ein). Dieses „einzelmenschbezogene“ Gesprächsgruppenthema dient deshalb bis auf Weiteres vermutlich eher der regelmäßigen Selbstvergewisserung und auch Selbstüberprüfung unserer Arbeit und Erfolge in Bezug auf den „durchschnittlichen“ potentiellen Europäer in Deutschland, mit allem was ihn bewegt oder erstarren lässt. Es wird also am ehesten eine Erfahrungsrückspiegelung und jeweilige Neubetrachtung oder Wiederbetrachtung der Frage anstehen, wie tatsächlich in Bezug auf die Beweggründe der Menschen unser Eintreten für Europa auf allen Ebenen der öffentlichen Arbeit - etwa in Form eigener Veranstaltungen, der Mitwirkung bei Veranstaltungen, der Präsenz bei Kundgebungen etc. - „ankommt“. Dazu gehört auch die Frage, wie wir selbst uns darin wahrnehmen und weiterentwickeln, und ob wir uns im Dialog gegenseitig substantiell stützen und motivieren konnten bzw. können, es fruchtbare Ideen aus einer tatsächlich nennenswerten Praxis gibt und man vielleicht sogar Schwerpunkte setzen kann.

Dies ist somit mehr ein kreisförmiger Prozess „auf der Stelle“ (oder auf einer Wendeltreppe), als etwa die kontinuierliche Aneignung neuer Tools zur Förderung der Europabegeisterung.

Zuletzt fasste ein Teilnehmer nochmals seine - wie er sagte: „mit schwarzem Humor und Ironie gespickte“ - Lehre aus dem heutigen Gespräch zusammen: es sei weiß Gott nichts Tolles und keine ständig zu verklärende, ganz besonders schöne, sogar geradezu vor Vorteilen nur so strotzende Sache, wenn man in Europa oft genug gar nicht mehr voran komme. Langsame Prozesse im vielstimmigen europäischen Chor seien aber eine gegebene Realität. Ebenso real sei aber auch, dass dies in weitgehender Freiheit, deshalb ja auch wechselseitig so komplizierten Prozessen passiere, und dies nun aber in deutlichem Unterschied zu flotten Fortschritten dank Hierarchie und Diktatur. Es schade doch gar nichts - wenn wir denn wirklich ohnehin irgendwann von denen „übernommen“ werden sollten („Gelbe Gefahr“) - einfach wie bisher weiterzumachen. Würde man das ändern - wenn es überhaupt ginge - wäre man doch nur etwas früher genau da, wo man ja dann sowieso hinkommt. Dies sei umso entschiedener zu beherzigen, je weniger eindeutig dieses grausige Ende tatsächlich schon absehbar sei ...

Die angesprochene Literatur war:

- **Bruno Latour:** Das terrestrische Manifest, Edition Suhrkamp, Berlin 2018.
- **Oliver Nachtwey:** Die Abstiegs-gesellschaft - über das Aufbegehren in der rezessiven Moderne, Edition Suhrkamp, Berlin, 2016.

## Notwendigkeit von Parteien für den gesellschaftlichen Interessenausgleich

Die Moderation und Protokoll übernahm Leonhard Reinwald.

Um die Notwendigkeit von Parteien für den gesellschaftlichen Interessenausgleich einschätzen zu können, soll zuerst auf die Funktionsweise und den Zweck von Parteien eingegangen werden.

Der Zusammenschluss von Individuen mit ähnlichen Ansichten, um politische Entscheidungen über zahlreiche Politikfelder hinweg durchzusetzen, ist seit jeher ein fester Bestandteil der Politik. Im Zuge einer immer größer werdenden Anzahl von Entscheidungsträgern nahm die Bedeutung der persönlichen Bindung an eine Führungsperson tendenziell ab, auch wenn sie auch heute immer noch relevant ist. Parteien unterscheiden sich nun vor allem entlang politischer Konfliktlinien wie Verteilungsgerechtigkeit, Rolle des Staates etc.

Partei ist jedoch nicht Partei. Wählervereinigungen und beiden großen amerikanischen Parteien dienen primär der Bestimmung von Kandidaten und der Führung des Wahlkampfes, wobei Wahlprogramme von untergeordneter Bedeutung sind. Bei klassisch bundesrepublikanischen Volksparteien steht die Gestaltung des Landes in Übereinstimmung mit den eigenen Überzeugungen im Vordergrund, während viele Kleinparteien Wert auf die Vertretung der "richtigen" Überzeugungen legen. Die sozialistische Staatsparteien waren vor allem Kaderschmieden für die Besetzung strategischer Positionen in Staat und Gesellschaft.

Hauptkriterium für die Funktionsweise der relevanten Parteien ist der Aufbau des politischen Systems. Während eine Verhältniswahl die Bildung von Parteien mit einer geschlossenen Klientel begünstigt, fördern das absolute und vor allem das relative Mehrheitswahlrecht die Bildung von großen Parteien beziehungsweise von Parteiblöcken, die eine deutlich geringere Zentralisierung aufweisen. Auch ein Präsidialsystem verringert die Bedeutung eines Parteiapparats, da der Präsidentschaftskandidat als Einzelperson über eine große Macht verfügt.

Diese geschieht, da Parteien in der Praxis auf die Gewinnung politischer Macht angewiesen sind, um ihre Existenz zu legitimieren. Ohne Einflussmöglichkeiten, eine stabile Machtbasis oder die Chance auf Machterhalt sind die meisten Menschen nicht bereit, Ressourcen wie Geld oder Zeit in politische Organisationen zu investieren.

Wie bereits erwähnt ist die Auswahl des politischen Führungspersonals eine Kernaufgabe von Parteien. Während Parteien im dezentralen Modell eine Plattform bereitstellen, auf der eine zwar geschlossene, aber breite Öffentlichkeit über die potenziellen Wahlkandidaten abstimmt wie in den amerikanischen Vorwahlen, erfolgt dies in zentraler organisierten Parteien über Mitgliederbefragungen bei begrenzter Mitgliederzahl, Delegiertenversammlungen, Vorstandsbeschlüsse oder gleich im legendären Hinterzimmer. Die Notwendigkeit von Parteien ist aus dieser Funktion jedoch nicht ableitbar. Zwar wäre die Auswahl gerade auf überregionaler Ebene zwischen hunderten Kandidaten kaum möglich, jedoch könnte durch Zugangsbeschränkungen wie eine ausreichende Zahl an Unterstützern eine ausreichende Vorselektion erfolgen. Eine andere Alternative wäre das Rätssystem, wodurch immer eine überschaubare Anzahl von Individuen Entscheidungen treffen würde.

Die zweite Kernaufgabe von Parteien ist die Definition Ihrer Programmatik. Diese kann sich sowohl auf allgemeine Grundsätze als auch auf eine genaue Definition der gewünschten Zukunft stützen. Je zentraler eine Partei strukturiert ist, desto spezifischer kann ihre ideologische Basis ausfallen. Jedoch ist das zentrale Element die daraus folgende Positionierung zur Tagespolitik.

Diese bestimmt die Wirkung auf die Öffentlichkeit. Durch Aussagen der Parteien besteht für den Bürger die Möglichkeit, sich politisch zu orientieren. Wo stehe ich persönlich mit meinen Meinungen und wie sind

Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

daraus folgend die politische Ansichten der restlichen Bevölkerung. Da Parteien nicht jegliche persönliche politische Ansicht übernehmen können, müssen sie schon vorab verschiedene Meinungen zu einer politischen Haltung integrieren. Für diese Bündelung von verschiedenen Einzelmeinungen zu Gruppeninteressen sind Parteien unverzichtbar.

Zwar können Interessenvertretungen wie Vereine, Verbände, NGO und ähnliche diese Funktion in Teilbereichen übernehmen, für eine Orientierung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene reichen sie jedoch nicht aus. Nimmt die Verengung von politischen Parteien auf einzelne Themenbereiche in einem politischen System überhand, wird es instabil, da der Ausgleich von verschiedenen Interessen sich im politischen Wettkampf nur noch auf einzelne Punkte beschränkt und eine gesamtgesellschaftliche Perspektive fehlt.

Medien sind zur Bündelung von Einzelinteressen ungeeignet, da sie nicht direkt in den politischen Betrieb eingebunden sind und als Informationsverteilungsplattformen nicht direkt zu einer Meinungsänderung gebracht beziehungsweise entlassen werden können. Ein Parteifunktionär kann durch Parteimitglieder abgewählt oder durch einen Beschluss auf eine Parteilinie verpflichtet werden, ein Medium kann nur wieder abbestellt oder nicht mehr konsumiert werden.

Parteien können einen überregionalen Konsens herstellen. Wenn es in einem Staat Parteien gibt, die in allen Regionen vertreten sind, sind sie dazu gezwungen, Themen so zu behandeln, dass zumindest die Interessen aller Regionen vertreten werden. Eine zu starke Vernachlässigung einzelner Regionen würde zu Wählerverlusten führen und Mitglieder aus diesen Regionen würden sich gegen eine Benachteiligung wehren. Regionale Parteien haben nur eine Möglichkeit um Einfluss zu erlangen, indem sie in ihrer Region sehr gute Ergebnisse erzielen und gleichzeitig auf staatlicher Ebene eine Schlüsselrolle zwischen Parteienblocks zu erlangen. Dies ist jedoch schwierig, da bei einer zu starken Annäherung an einen Block leicht die Wahrnehmung als Vertreterin regionaler Interessen gefährdet ist, während eine Isolation zu politischer Wirkungslosigkeit führt (Guter Ansatz der CSU sowohl den Vorteil der Regionalität zu behalten, während die Gefahr einer CDU in Bayern vertraglich ausgeschlossen wurde: das Erstarken einer AfD gefährdet sowohl die Wahrnehmung der CSU als Vertreterin regionaler Interessen in Berlin, da bayerische Interessen in breiten Koalitionen tendenziell zurückstecken müssen, als auch die komfortablen Wahlergebnisse in Bayern, die die Existenz der CSU in der Union überhaupt erst rechtfertigen.).

Aus den genannten Punkten ergibt sich die Notwendigkeit von Parteien zur Kompromissfähigkeit, sowohl im Inneren zwischen den Mitgliedern als auch nach außen, um Mehrheiten zu finden, die eine politische Wirkung ermöglichen. Ohne Parteien beziehungsweise Fraktionen, deren Bildung ab einer gewissen Größe des Parlaments ohne Parteien deutlich erschwert wäre, ist die Bildung einer Mehrheit außerordentlich schwierig, insbesondere wenn sie in kurzen Zeiträumen bei komplexen Themen erzielt werden soll. Hierdurch wäre die Verwaltung enorm gestärkt, da ihr Kompetenzvorteil sehr hoch wäre, während ihre Überwachung durch einen verringerten Austausch der Volksvertreter untereinander geschwächt wäre.

Zentraler Streitpunkt gerade im Gesprächskreis war die Positionierung von Parteien im Spannungsfeld zwischen der Konsensfindung und der Bewahrung ihrer programmatischen Identität beziehungsweise zwischen Beliebigkeit und ideologischer Starrheit. Wie bereits erkennbar sollten beide Extreme vermieden werden, um das Vertrauen in das politische System aufrechtzuerhalten.

Auf europäischer Ebene sind zur Zeit die Parteienfamilien vorherrschend, Zusammenschlüsse von nationalen Parteien auf Grundlage von ähnlichen Überzeugungen und machtpolitischen Überlegungen. Europäische Parteien sind zwar existent, aber relativ unbedeutend. Der markante Unterschied zwischen Parteienfamilien und Parteien ist, dass es in einem Nationalstaat mehrere Parteien der gleichen Familie geben kann. Beschlüsse der Familie sind außerdem bei weitem nicht so bindend.

## Hertensteiner Gespräche – 3. Hertensteiner Gespräche am 21. September 2019

Dreh- und Angelpunkt der Bildung europäischer Parteien ist die Bildung einer europäischen Öffentlichkeit. Diese würde für ausreichende Aufmerksamkeit sorgen, dass der Gewinn an Ressourcen durch ein einheitliches und stärker koordiniertes Auftreten die Verluste auf der nationalen Ebene kompensieren würde.

Bei Einhaltung dieser Prämisse würden europäische Parteien nach unserem Idealbild folgendermaßen aussehen. Der Föderalismus ist eine Grundlage in allen Parteien. Es würden aus der Partei heraus werden Zuständigkeiten für die Europaebene definiert werden, aus denen sich politische Forderungen ergeben, wie diese Kompetenzen verwendet werden sollten. Das selbe würde für die nationale/regionale Ebene etc. erfolgen.

Als Kernaussage lässt sich zusammenfassen, dass Parteien auf Grund ihrer Bündelung von Interessen und Orientierungsfunktion in einer Demokratie unverzichtbar sind. Gerade als Gegengewicht zu den Verwaltungen.

### Fazit & Ausblick

Die 3. Hertensteiner Gespräche haben, obwohl auf einen Tag gekürzt, erneut ihr Ziel erreicht. Darüber hinaus haben die Diskussionen nicht nur an Qualität, sondern auch an inhaltlicher Heftigkeit zugenommen, was eindeutig zeigt, dass durchaus Bedarf für diese Art von Gesprächen besteht. Ein weiteres Anzeichen dafür ist, dass Teilnehmer aus dem gesamten Landesverband zu den Gesprächen angereist sind.

Zudem wurde nach nunmehr drei Gesprächsrunden offensichtlich, dass wohl nur die Tatsache, dass es eine einzige Erde gibt, bei allen Beteiligten uneingeschränkte Zustimmung findet. Übereinstimmung im Verständnis von ‚Menschheit‘, ‚Demokratie‘ und insbesondere ‚Föderalismus‘ konnte bisher nicht erreicht werden, ganz im Gegenteil, es wird immer deutlicher, wie, selbst bei den Europäischen Föderalisten, die Meinungen und Überzeugungen hierzu auseinandergehen.

Deswegen macht es durchaus auch Sinn, dass sich die Teilnehmer in den folgenden Hertensteiner Gesprächen erst einmal über die unterschiedlichen Sichtweisen der Begrifflichkeiten bewusst werden, bevor man sich dann in den weiteren Gesprächsrunden, sowie deren Vor- und Nachbereitungen, langsam aber sicher immer mehr einer möglichst einheitlichen Sichtweise annähert.

Dies wäre dann auch der Mehrwert den die Hertensteiner Gespräche für die Europäischen Föderalisten insgesamt bieten können, indem sie die, zumindest aus heutiger Sicht heraus, „Unklarheiten“ des Hertensteiner Programmes zu einem gemeinsamen Verständnis, wie letztendlich ein Europäischer Bundesstaat bzw. eine zukünftige Weltunion auszusehen und zu funktionieren hat, führen. Bis dahin gehen wir weiter davon aus, dass der Weg das eigentliche Ziel ist.

Deswegen ist es unsere Absicht:

- Wir bieten den bisherigen Moderatoren an, die kommenden Gespräche in ihrem Themengebiet fortzuführen und durchaus auch weiter zu entwickeln.
- Wir bieten der UEF, EUD und JEF an, sich verstärkt bei den kommenden Gesprächen einzubringen.
- Wir behalten die Möglichkeit bei, dass sich Parteien, Wählergruppen und Organisationen im Rahmen der Hertensteiner Gespräche präsentieren können.
- Wir laden weitere „Impulsgeber“ zu den Gesprächen ein.
- Wir sind bereit, weitere Themen mit aufzunehmen.

## Ergänzung zum Protokoll

Der Gesprächsteilnehmer Jens Schinzel hat Folgendes für die Idee eines weiteren Gesprächskreises eingebracht, das von ihm bis ins Frühjahr 2020 weiter auszuformulieren ist, um bei der Vorbereitung der 4. Hertensteiner Gespräche (19. – 20.09.2020) mit berücksichtigt werden zu können.

### Neuer Gesprächskreis „Europa ist die Lösung“

Der Gesprächskreis will an das Zitat und die Kernaussage des „Hot-Wash-Ups“ aus dem Gesprächskreis „Der Mensch, seine Bedürfnisse und Ängste als Triebfeder und Grenze von Politik“) anknüpfen.

Ziel des Gesprächskreises ist es, dass sich die Teilnehmer in eine visuelle Vorstellung versetzen, dass Vereinigten Staaten Europas bereits Realität seien.

Ausgehend von dieser Vorstellung soll jeder für sich Ideen schöpfen können, damit wir unserem gemeinsamen Ziel näher kommen. Denn über eines dürfte sich Einigkeit ausbreiten:

Dass wir eine europäische Zentralregierung [Wer von den Teilnehmern möchte denn überhaupt eine „Zentralregierung“?!] bekommen, welche uns als Volk die Vereinigten Staaten zum Geschenk macht, ähnlich der Gebietsreform in Frankreich 2016, dürfte ziemlich unmöglich sein.

Dieser Gesprächskreis verfolgt daher das Ziel, eine konkrete Vision vom Alltag im Bundesstaat Europa zu entwickeln und sucht für diese Idee Anhänger.

Die Vorstellung (vom Initiator) ist:

- + die Vision so zu entwickeln, damit sie breitenfähig werden kann und somit auch politisch einforderbar wird.
- + Jeder soll daraus Inspirationen schöpfen können, welche es ihm erlauben, den Alltag europäisch auszurichten, hin zu einem Leben als Unionsbürger.
- + Synergieeffekte, welche sich aus dem Handeln gemäß einer echten gemeinsamen Europäischen Idee ergeben, unter allen fair aufgeteilt werden sollen; dies soll Grundsatz und Motivationstriebfeder der Europäischen Idee werden.
- + Die Raum des Gesprächskreis sollte mit europäischen Kunstobjekten geschmückt werden. Ich habe dazu eine kleine Kollektion angefertigt, die noch fortgesetzt werden soll und von anderen gerne erweitert werden darf.

Denkbare Programmpunkte sind:

1. Erfolgsgeschichten: kleine Vorträge von Machern erfolgreicher Festlichkeiten zum Thema;
2. Worauf kommt es bei der Ausrichtung eines internationalen Festes bzw. Treffens an? [Mit über dreißigjähriger Expertise „Treffpunkt Europa“ sollte in Heilbronn bereits ausreichend Erfahrung vorhanden sein];
3. Wie können Grenzen weiter abgebaut werden?
4. Kommentierung der Kunstobjekte: →Jeder formuliert seine Gedanken zu den ausgehängten Kunstobjekten;
5. Meine europäische Tat heute: → Jeder formuliert einen kleinen Beitrag, womit er denkt, seinen Alltag vom Staatsbürger zum Unionsbürger zu lenken.